

# GE-W 166



**Schicht am Schacht!  
Kohleausstieg  
2018**

**Strukturwandel**

**Masterplan  
Bildung**



## **Einladung**

**Die nächste Jahreshauptversammlung  
findet am 15.02.19 um 18.00 Uhr**

im DGB-Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12 in 45879 Gelsenkirchen, statt.  
Traditionell lädt der Vorstand zum Grünkohlessen ein.

Es ist uns gelungen, für diesen Abend Prof. Dr. Fabian Virchow zum Thema des Abends ,  
Umgang mit der AfD: **Gegen eine Politik der Angst und Spaltung**, einzuladen.

*Sie tun nicht, was sie wissen!*

## Inhalt

Termine auf einen Blick / Inhalt	2
Auf ein Wort	3
GLÜCKAUF ZUKUNFT!?	4
Gelsenkirchener Partizipationsindex	6
Für Bildung gegen Spaltung	7
Resolution „Hilfe dringend erforderlich!“	9
Landesregierung startet Ruhrkonferenz / DGB-Bundeskongress: „handlungsfähiger Staat“	10
Bildung. Weiter denken! Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen eingefordert!	11
401 GE	12
Plädoyer für eine bessere personelle Ausstattung der NRW-Berufskollegs	13
Gelsenkirchen schöpft Fördermittel „Gute Schule 2020“ aus	14
GEW-Landtagsgespräch 2018 mit Ralf Witzel (MdL, FDP) DGB-NRW Vorsitzende richtet klare Worte an die Landesregierung	18
Gewerkschaften fordern in Gelsenkirchen höheren Mindestlohn	17
Bericht von der Jahreshauptversammlung	20
Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2018	21
Die „Sonder“schule an der Turfstraße: ein Nachruf, Wanted not dead but alive	22
Eine Lehrerin schlägt Alarm: "Ich komme mit den Kindern nicht mehr zum Lernen"	24
Geld für Kitas, Lehrerbesehung, DGB zum Etatentwurf der Landesregierung NRW	27
Lehrer, Rechner, Schülerdaten Sachverständige zur digitalen Ausstattung von Pädagogen	28
Gemeinwohl in der digitalen Gesellschaft	29
Gewerkschaften wichtiger denn je! Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte	30
Berufliche Bildung für ein neues Zeitalter	31

## Buchtipps

### Deutschlands verlorene Kinder:

Bernd Siggelkow und Wolfgang Büscher

"Jedes Kind hat das Recht auf eine Schulausbildung. So weit die Theorie. Einerseits erreichen immer mehr Schüler in Deutschland die Allgemeine Hochschulreife, andererseits jedoch wächst ständig die Zahl der Kinder, die schon beim Schulstart Verlierer sind."

Caren Miosga



## Termine vorab auf einen Blick

**10.12.18**

Fortbildung Thema:  
"Den eigenen Schulalltag erleichtern".  
Referent Uwe Riemer-Becker  
DGB Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12,  
45879 Gelsenkirchen  
16.00 Uhr bis 18.30 Uhr

**12.12.18**

Lehrerrätefortbildung in Gelsenkirchen  
Schulen verändern sich-der Lehrerrat greift ein!

**23.01.19**

Vorstandssitzung  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge.  
18:00 Uhr

**07.02.19**

Fachgruppentreffen Sonderpädagogik,  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge.  
17:00 – 19:00 Uhr

**15.02.19**

Jahreshauptversammlung GE & GLA  
DGB Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12 45879  
Gelsenkirchen  
Referent Prof. Dr. Fabian Virchow  
Thema: "Umgang mit der AfD: Gegen eine  
Politik der Angst und Spaltung"  
18:00 Uhr

**20.03.19**

Vorstandssitzung  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge.  
18:00 Uhr

**15.05.19**

Vorstandssitzung  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge.  
18:00 Uhr

**23.05 – 25.05.19**

Gewerkschaftstag in Essen

**03.07.19**

Vorstandssitzung: als Gast SPD Abgeordneter  
Sebastian Watermeier  
Geschäftsstelle, Essener Str. 88, 45899 Ge.  
18:00 Uhr

**30.08.19**

2.Sommerfest auf Gut Steinhausen

## Auf ein Wort!



### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

2008 wurde die Entscheidung für *Schicht am Schacht* getroffen: Der Steinkohlenbergbau wird auslaufen!

Mitte November 2008 trafen sich 550 Menschen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Gelsenkirchener Musiktheater im Revier. Davon berichtete *Die Welt* am 9. November unter der Schlagzeile: *Bergbau geht. Bildung kommt.*

Mit der Renaturierung der Emscher, der Route der Industriekultur, der Kulturhauptstadt 2010, dem Emscher - Landschaftspark, ... wurde sehr viel auf die Beine gestellt. Deshalb erwarten wir eine Bildungsoffensive Ruhrgebiet, bei der man sich doch bitte mindestens genauso viel Mühe gibt!

Wir fragen, im Namen von zehntausenden benachteiligten Kindern und Jugendlichen, deren Eltern und allen an Erziehung beteiligten Kräften: Wo bleibt der handlungsfähige Staat?



In dieser Stadtverbandszeitung versuchen wir, die hochkomplexe Situation in sich aufeinander beziehenden Artikeln bzw. Abbildungen darzustellen.

- **Glückauf Zukunft!?** schlägt einen Bogen von der Ruhrkohle AG Stiftung zum Berufsalltag an (Brennpunkt-) Grundschulen. Wie sieht die Finanzausstattung *unter Tage* zur Bewältigung der *Ewigkeitslasten des Bergbaus* aus? Was brauchen wir für den *Ewigkeitsnutzen* von Bildung?
- Mit dem **Gelsenkirchener Partizipationsindex** legt die Stabsstelle Kommunale Prävention unserer Stadt zum einen ein Spitzenprodukt der Sozialraumforschung vor. Es ermöglicht **POSTLEITZAHLENGENAUE** Unterstützungsleistungen für Kinder und Eltern. Zum



anderen verharret der Schulträger in der Auffassung, mit finanziellen Ressourcen einer bettelarmen Stadt der Verantwortung für künftige Generationen nachhaltig gerecht werden zu können.

- In **Hilfe dringend erforderlich** und **Eine Lehrerin schlägt Alarm** ist die Alltagserfahrung der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen nachzulesen. Was brauchen wir für gesunde Arbeitsbedingungen? Was brauchen wir an personellen Ressourcen, dass *Schulen in herausfordernden* Lagen nicht Orte der Überforderung bleiben?
- **Landesregierung startet Ruhrkonferenz** reißt an, was an aktiver Gestaltung der Zukunft des Ruhrgebietes geplant ist. Es deutet sich an: Diese Konferenz des Ministerpräsidenten Laschet wird so viel Wirkung auf Bildung haben wie die 2004er Emscher-Lippe-Konferenz des Ministerpräsidenten Steinbrück in Gelsenkirchen. *Konferenzkirchen redet weiter* titelte die TAZ am 07.06.2004.
- Diese Artikel sind ergänzt durch Grafiken, eine Karikatur, Titelbilder... Vielleicht erschließen sich Textinformationen leichter in Verbindung mit visueller Information.

Die Forderungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Lösung der genannten Probleme und Aufgaben liegen auf dem Tisch. Dass wir hier „gut aufgestellt sind“, können sie nachlesen (S. 7, 11, 15, ...).

Unterstützt/ unterstützen Sie unsere Forderungen und tretet/ treten Sie gemeinsam mit uns für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen ein!

Sonst bleibt der Startschuss für eine Bildungsregion Ruhr von 2008 „ein Schuss in die Luft“.

Die GEW wird sich mit Analysen, Argumenten und Forderungen an die Vertreter der Gebietskörperschaften wenden.

*Mehr Kohle für Bildung im Pott* – das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben

Mit GEWerkenschaftlichen Grüßen  
Euer/ Ihr

**Lothar Jacksteit**

*Es dreht sich der Teufelskreis: Kein Abschluss, keine Ausbildung, kein Job, kein Geld, keine Perspektive. Auch Kinder aus armen Verhältnissen müssen sich entwickeln, ihre Gaben entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen und solidarischen Leben teilhaben können.*

Präses Alfred Buß,  
Evangelische Kirche Westfalen, 2008

## GLÜCKAUF ZUKUNFT!?

### Von den Ewigkeitslasten des Bergbaus zum Ewigkeitsnutzen von Bildung

Am 21. Dezember wird in Essen das letzte Stück Steinkohle an den Bundespräsidenten überreicht. Ende des Jahres läuft der Steinkohlenbergbau in Deutschland aus. In Bottrop und Ibbenbüren schließen die letzten Bergwerke. 250 Jahre Industriegeschichte sind zu Ende, haben tiefe Narben und Spuren hinterlassen. Die Ewigkeitslasten kommen „den Pott“ teuer zu stehen. „Wir haben eine Aufgabe für die Ewigkeit“, weiß Helmut Linssen, Finanzvorstand der Ruhrkohlestiftung.

Für die Folgekosten des Bergbaus ist die RAG-Stiftung zuständig. Mit Rückstellungen in Höhe von bis zu 15 Milliarden € ist für „unter Tage“ bestens vorgesorgt (Anlage 1). Finden wir diese Vorsorge auch bei der Bildung, Kinder- und Jugendhilfe? Nicht im entferntesten.

Die sozialpolitischen Folgen „über Tage“ bringt DER SPIEGEL auf den Punkt: „Deutschland entwickelt sich zu einer Klassengesellschaft. Wer hierzulande arm geboren wird, wird es aller Voraussicht nach bleiben. Die Perspektiven eines Kindes hängen von seiner Herkunft ab. Seine Aufstiegsmöglichkeiten sind gering“.

Es braucht „Mehr Kohle für Bildung“, das zu ändern.



#### Anlage 1 Die Rückstellungen für Bergschäden decken ab

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verursachte, noch nicht entstandene Bergschäden	1.393,4	1.287,6
Entstandene Bergschäden	901,1	861,6
Dauerbergschäden	1.342,0	1.307,2
<b>Gesamt</b>	<b>3.636,5</b>	<b>3.456,4</b>

#### Übrige Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Rekultivierung und Umweltschutzmaßnahmen	621,6	585,5
Schachtverfüllungen	964,3	841,3
Abbruchverpflichtungen	311,8	302,4
Belegschaftsbereich	694,9	866,5
Sozialplanleistungen	72,8	88,0
Stilllegungsmaßnahmen	939,4	1.053,9
Ewigkeitslasten	8.086,5	7.654,8
Übrige Verpflichtungen	519,4	496,2
<b>Gesamt</b>	<b>12.210,7</b>	<b>11.888,6</b>

Quelle: RAG-Stiftung, Konzernabschluss zum 31.12.2017 und Konzernlagebericht 2017

### Wandel als Chance – geringe Chancen für Wandel

Die Beschlüsse von 2008 zur schrittweisen Stilllegung der letzten Zechen waren der Beginn des Projektes *Konzept Ruhr // Wandel als Chance*. Der Strukturwandel sollte mit einer vorausschauenden Strategie gestaltet werden. Interkommunale Arbeitsgemeinschaften streben seitdem *gemeinsame Ziele zur nachhaltigen Entwicklung des Ballungsraums* an. Das Ruhrgebiet wurde zum *Modell für eine systematische Weiterentwicklung des Bildungssystems in industriell geprägten Räumen* ausgerufen.

Über Jahrzehnte sei nur die Rede gewesen von den Ewigkeitslasten des Bergbaus, von den Auswirkungen der Bergsenkungen auf das Straßen- und Schienennetz, auf Gebäude und Landschaft.

### Ewigkeitsnutzen von Bildung

Die Oberbürgermeister und Landräte der Metropole Ruhr wollten damals – im Wissen, diese Ewigkeitslasten „im Griff“ zu haben – den *Ewigkeitsnutzen von Bildung* anstreben. Im Rahmen der *Metropole Ruhr* wurde den Handlungsfeldern *Wirtschaftsförderung und*

*Stadtentwicklung die Bildungsregion Ruhr 2018* gleichberechtigt an die Seite gestellt. 2012 wird der Bildungsbericht Ruhr vorgelegt. Es kommt eine beachtliche Entwicklung in Gang (Anlage 2).

Anknüpfend an das Auslaufen der Steinkohleförderung gibt es Veranstaltungen und Bemühungen, *die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen gezielt zu verbessern*. Es werden große Hoffnungen gesetzt in die *Ruhrkonferenz der Landesregierung* – zu Unrecht. Deren 20 *Themenfelder* erscheinen als Sammlung von Puzzleteilen. Ein Gesamtbild von „Chancengleichheit“ ist bisher nicht einmal in Ansätzen erkennbar.

#### Anlage 2



Regionalverband Ruhr Ausgabe 5-1/2017

### Kohleflöze – Schätze heben – „Schätzchen“ fördern

Wir kommen gerne der Aufforderung nach, gewerkschaftliche Kompetenz in *ZukunftsBildung Ruhrgebiet 2018* oder *die Ruhrkonferenz* einzubringen. Es muss auch „über Tage“ stimmen, in den Kindertagesstätten, den Schulen, bei der Kinder- und Jugendhilfe.

Es ist viel die Rede – mit Tendenz zur Sonntagsrede - von „Talente fördern“ oder „Schätze heben“. „Schätze heben“ - damit war in der Montanzzeit die Nordwanderung der Kohle gemeint. Die Kohleflöze lagen immer tiefer unter dem Deckgebirge – und wurden mit großem finanziellen, technischen Aufwand gefördert.

Und was ist mit der Förderung unserer „Schätzchen“, unseren tausenden (Sorgen-) Kindern?

Wir sprechen für die Bevölkerung des Ruhrgebietes, deren Leben von Segregation und Ausgrenzung bestimmt ist.

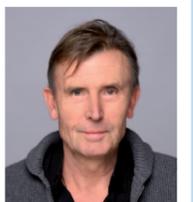
Wir sind die Stimme der Kinder, der zukünftigen Erwachsenen. Wir wollen verhindern, dass unsere Kinder weiter in den Brunnen fallen (siehe: Karikatur). Ohne gut (aus)gebildete Menschen gibt es keine positive Entwicklung. Die Abwärtsspirale bleibt erhalten, dreht sich sogar schneller.

Bildung gegen Spaltung – dafür kämpfen wir.

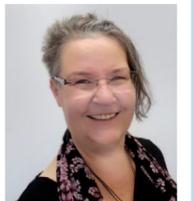
Wir haben **Informationen über den Ist-Zustand** zusammen gestellt - als Aufforderung und Ausgangslage für notwendige Entwicklungen.

Es ist höchste Zeit, in die Offensive zu gehen!

Alfons Kunze AK, Martina Albretsen MA, Lothar Jacksteit LJ



Alfons Kunze



Martina Albretsen



Lothar Jacksteit

# Gelsenkirchener Partizipationsindex

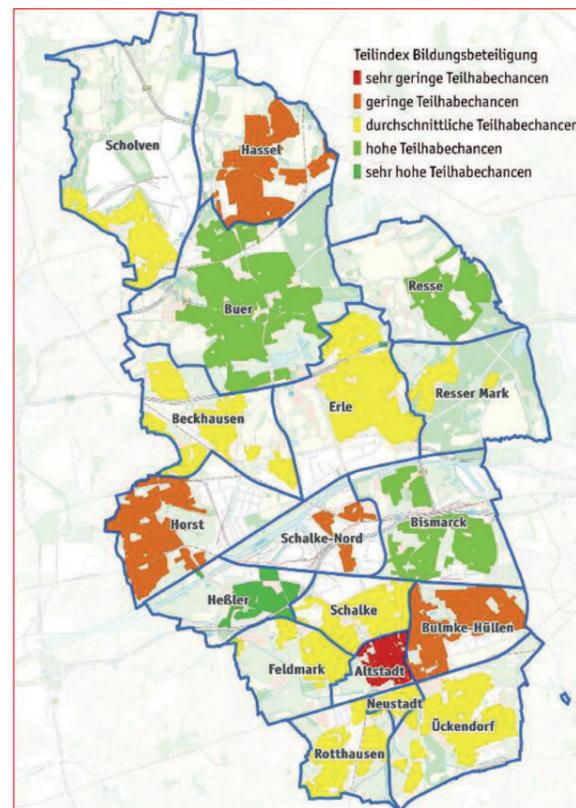
Karte und Daten sind der Studie **Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kinder (Stadt Gelsenkirchen 2018)** entnommen. Die Lebensbedingungen der Kinder werden kleinräumig in 40 Sozialräumen erfasst.

Der Partizipationsindex informiert, in welchen Sozialräumen potenzielle Benachteiligungen für Kinder und Jugendliche besonders häufig auftreten, wo möglicherweise bestimmte Ressourcen für gutes Aufwachsen fehlen.

Der Index kann Grundlage für datengestützte Ressourcensteuerung sein. Er kann es ermöglichen, die richtigen Instrumente und Strategien für den einzelnen Sozialraum zu entwickeln.

Die Studie benennt die verschärften Herausforderungen:

Die Rahmenbedingungen für die Präventionsarbeit haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Der Bedarf ist gestiegen, weil mehr Kinder und Jugendliche in der Stadt leben. Das ist zum einen Folge von steigenden Geburtenzahlen, es ist aber auch darauf zurückzuführen, dass Gelsenkirchen zum Ziel von mehreren tausend Zuwanderern und Flüchtlingen geworden ist.



## Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern

	% Sozialgeldquote der unter 7-Jährigen	% mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen bei der Schuleingangsuntersuchung
Gelsenkirchen	40	25,9
Neustadt	62	49
Bulmke-H.-West	62	42
Schalke-Nord	60	57
Schalke-Ost	9	38
Altstadt	59	43
Ückendorf-Nord	58	33
Rotthausen-West	57	31
Bulmke-H.-Süd	54	43
Rotthausen-Ost	48	19
Horst-West	46	27
Horst-Nord	46	24
Ückendorf-West	46	33
Schalke-West	45	23
Erle-Süd	45	27
Bismarck-West	44	38
Feldmark-Ost	42	21
Resser Mark	40	12
Hassel-Süd	39	25
Buer-Süd/ West	39	19
Feldmark-West	39	38

	% Sozialgeldquote der unter 7-Jährigen	% mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen bei der Schuleingangsuntersuchung
Bulmke-H.-Nord	39	25
Scholven-Nord	39	14
Bismarck-Ost	38	25
Beckhausen-Ost	38	13
Heßler	33	20
Hassel-Nord	33	26
Horst-Süd	31	24
Beckhausen-West	31	12
Erle-Ost	31	13
Erle-West	30	5
Ückend.-Süd/Ost	29	12
Buer-Nord	28	17
Erle-Nord	28	9
Resse-West	24	10
Resse-Ost	23	11
Scholven-Süd	23	9
Buer-Süd	21	13
Beckh.-Nordwest	18	7
Buer-Zentrum	15	9
Buer-Ost	9	5

Quelle: Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern, Entwicklung und Stand 2018

Die Disparitäten haben sich verstärkt. Es gibt noch mehr Segregation.

In vielen Sozialräumen ist die Mehrheit der Kinder arm, oder hat einen Migrationshintergrund.

Die Resultate der kleinräumigen Analyse sollen als Grundlage einer nachhaltigen Strategieentwicklung für die Kooperation mit entscheidenden Akteuren kindlicher Lebenswelten nutzbar sein.

AK, MA, LJ

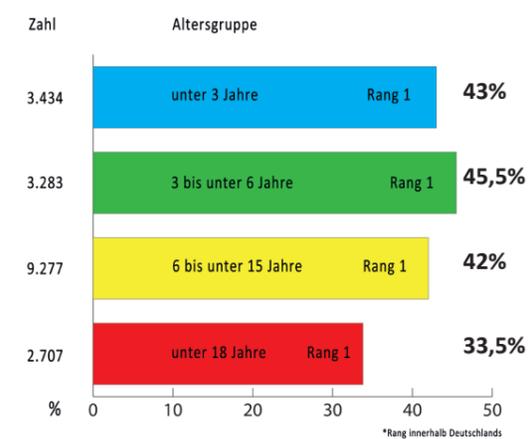
## Für Bildung gegen Spaltung

### - Für gleiche Bildungschancen in NRW

Die **GEW NRW** setzt sich gegenüber Landesregierung und Landtag für Maßnahmen zur Bekämpfung der Bildungsbenachteiligung ein. Leuchtturmprojekte der Landesregierung reichen bei Weitem nicht aus. Um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu durchbrechen, braucht es tief reichende systemische Ansätze

## Kinderarmut in Gelsenkirchen

- besonders hoch im ersten Lebensjahrzehnt

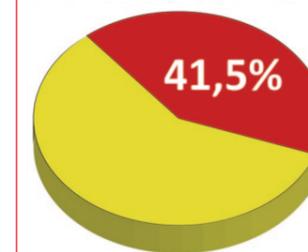


Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIJ.de) Bremen, 20. Oktober 2018  
Verfasser: Paul M. Schröder

## Zu den geeigneten Steuerungsmaßnahmen der Landesregierung gehören:

- Einführung eines schulbezogenen Sozialindex zur Identifizierung von Kitas und Schulen mit schwierigen sozialen Ausgangslagen
- zusätzliche Ressourcen anhand eines transparenten Zuweisungsverfahrens
- regelmäßige Überprüfung der Ressourcenverwendung und ihrer Wirkung
- Aufhebung der Fachleistungsdifferenzierung in den Haupt-, Gesamt- und Sekundarschulen
- Umwandlung der Schulen in sozialen Brennpunkten in gebundene Ganztagschulen mit auskömmlicher Finanzierung und besserer Personaldecke

## Kinder mit Migrationshintergrund in Kita



3237 der unter 6/ Jährigen sprechen zu Hause vorranig nicht deutsch.

Quelle: Information und Technik NRW, Stand 01. März 2017

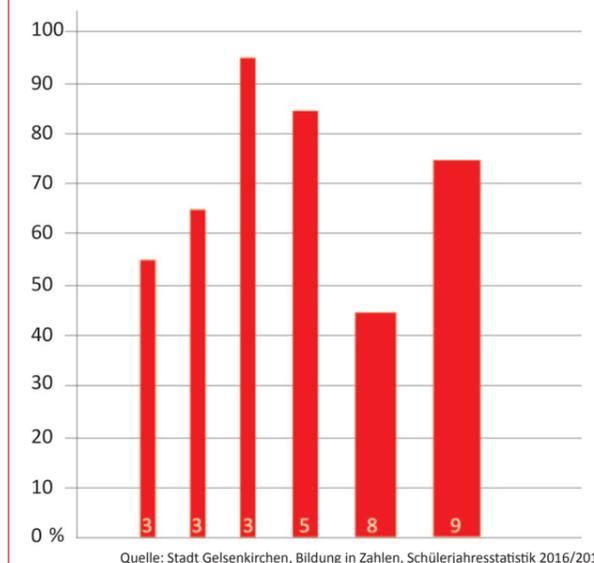
Besonders dringend ist die Umsetzung bereits bestehender Kernforderungen der GEW. Die Landesregierung muss entsprechende Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen vornehmen.

## Die GEW fordert:

- Reduzierung der Klassen- und Gruppengrößen
- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung
- stellenwirksame Anrechnung aller systemisch notwendigen Konferenz-, Fortbildungs- und Beratungszeiten auf die Unterrichtsverpflichtung
- standortbezogene und teilnehmerorientierte, qualitativ hochwertige und anspruchsvolle Fortbildungen, deren Effektivität jeweils zu evaluieren ist
- regelmäßige, vom Dienstherrn finanzierte, Supervisionsangebote
- Beförderungsmöglichkeiten für Sozialpädagog\*innen zu schaffen
- finanzielle Zulagen

## Kinder mit Migrationshintergrund an Grundschulen

- 6139 Kinder an allen 39 Grundschulen (62,7%)
- An 31 der 39 Grundschulen haben mindestens 40% der Kinder einen Migrationshintergrund



Quelle: Stadt Gelsenkirchen, Bildung in Zahlen, Schülerjahresstatistik 2016/2017

In den Kindertageseinrichtungen werden die Grundlagen für einen gelingenden Schulstart der Kinder gelegt. In sozialräumlich schwierigen Lagen müssen zusätzliche Ressourcen bereit gestellt werden.

### Die GEW fordert:

- Reduzierung der Gruppengrößen
- zusätzliches Personal für die Begleitung von Kindern und Familien mit besonderem Bedarf
- Berücksichtigung notwendiger Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Elternarbeit, Teambesprechungen und Vernetzung
- therapeutische Unterstützung in den Tageseinrichtungen

### Zu den geeigneten Maßnahmen der Kommunen gehören:

- Weiterverfolgung der in dem Modellvorhaben „Kekiz – Kein Kind zurücklassen“ erfolgreichen Maßnahmen
- Einführung von festen Schulbezirksgrenzen
- Priorisierung der Schulen und Kindertageseinrichtungen mit schwierigen sozialen Ausgangslagen

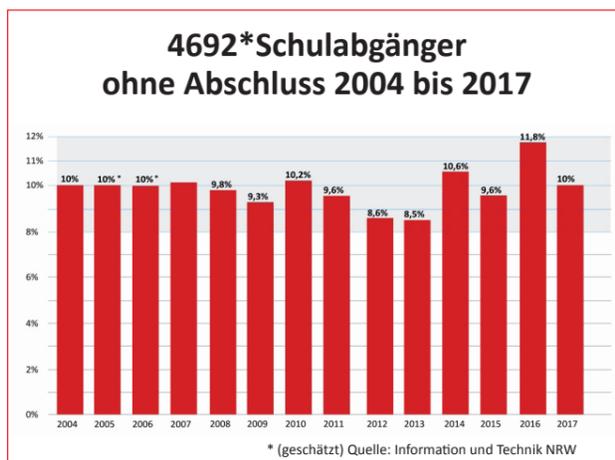
Beschluss des Gewerkschaftstages, 07.12.2017

*Wir investieren zur Zeit fast alles in die Nachsorge.*

*In einen Sozialstaat, der versucht, die Kinder aus dem Brunnen zu fischen, in den er sie hat fallen lassen.*

Prof. Dr. h. c.  
Jutta Allmendinger,  
Ph.D.2007  
Präsidentin des  
Wissenschaftszentrum  
Berlin für Sozialforschung

Karikatur:  
Wieland Sternagel



**Dieser Antrag liegt inzwischen dem Landtag NRW vor.**



Infostand bei der Personalversammlung  
Britta Hammond, Katrin Korte



## Personalversammlung 2018

**Gemeinsame Resolution des Personalrats für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen**

### „Hilfe dringend erforderlich!“

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen stellt fest, dass die in den Resolutionen der Jahre 2010 bis 2017 genannten konkreten Maßnahmen nicht ernst genommen wurden. Im Jahre 2018 muss konstatiert werden, dass sich hierdurch die Situation an Gelsenkirchener Grundschulen nach weiter verschlechtert hat.

In benachteiligten Stadtteilen, wo die Herausforderungen am höchsten sind, müssten viel mehr Stellen für Lehrer und Sozialarbeiter geschaffen werden. Dort sind die Arbeitsbedingungen für Personal und Kinder teilweise unzumutbar. Nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlings- bzw. Zuwanderungsströme sind Schulklassen überfüllt und das Angebot an Schulraum zu knapp. Es fehlen darüber hinaus qualifizierte Fachkräfte an Grundschulen, welche auf die große Heterogenität der Schülerinnen und Schüler sowie der erziehungsberechtigten Eltern angemessen eingehen.

Alle im Bildungssystem tätigen Akteure zeigen größtes Engagement, den Kindern mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Unter den gegebenen Bedingungen können sie diese Aufgaben nicht bewältigen.

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen ruft darum alle Entscheidungsträger auf, im Sinne der nachfolgenden Forderungen tätig zu werden:

- Klassengrößen begrenzen und Räume schaffen: Viele Klassen sind schon jetzt bis zur Obergrenze gefüllt. Kleinere Lerngruppen und zusätzlicher Schulraum müssen eingerichtet werden.
- Personelle Ressourcen: Mehr ausgebildete Lehrkräfte und multiprofessionelle Kräfte aus den Bereichen Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Psychologie und Therapie werden dringend benötigt. Doppelbesetzung und Vertretungsreserven an Schulen müssen zur Regel werden.
- Gesundheitsschutz beachten: die veränderten Anforderungen setzen Kolleginnen und Kollegen zunehmend unter Druck. Es müssen geeignete Entlastungen erfolgen. Stärkeres Augenmerk muss auf die Beachtung der Arbeitsschutzrichtlinien und -gesetze gelegt werden.
- Nachhaltigkeit von Projekten fördern. Gute und prämierte Projekte der Stadt Gelsenkirchen zur Förderung und Forderung der Kinder bedürfen weiterer finanzieller Unterstützung, damit wirklich alle Kinder beste Bildung genießen können.

**Wir fordern alle Verantwortlichen auf, an einem Strang zu ziehen und endlich zu handeln.**



31. August 2018

## Landesregierung startet Ruhrkonferenz Signal für den Aufbruch

Das Landeskabinett hat die Organisationsstruktur der Ruhr-Konferenz beschlossen. Damit ist das Startsignal für die nächste Phase gegeben, um die Zukunft des Ruhrgebiets aktiv zu gestalten.

### Ruhrkonferenz

Die Ruhr-Konferenz ist ein Prozess, die Potentiale der Region zum Wohle des Ruhrgebiets und des ganzen Landes Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Alle Ministerinnen und Minister werden sich persönlich einbringen. Ziel des Prozesses ist

- die aktive Gestaltung der Zukunft des Ruhrgebietes
- die Entwicklung hin zu einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen, und lebenswerten Metropolregion.

### Federführung

- Stephan Holthoff-Pförtner Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales mit
  - o Beirat Arndt G. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen
  - o Beirätin Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW
  - o Beirat Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen

### 20 Themenforen

kümmern sich um relevante Bereiche. Diese sind thematisch dem zuständigen Ministerium (Minister/in, Staatssekretär/in) zugeordnet.

### Themenforen von besonderem Interesse für die GEW sind z. B.

- Chancen, Vielfalt, Aufstieg
- Unterricht sichern – Lehrerversorgung stärken
- Beste Bildungschancen unabhängig von Ort und Herkunft – Talentschulen als Modelle für individuelle Förderung

Quelle: <https://www.land.nrw/de/ruhr-konferenz>

## 21. PARLAMENT DER ARBEIT

DGB-BUNDESKONGRESS

Berlin 13. – 17. Mai 2018

## Ein handlungsfähiger Staat für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen einen handlungsfähigen Staat: Die öffentliche Hand muss fähig sein, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in eine Richtung zu lenken, die allen Menschen nützt. Sie muss Ungleichheit entgegenwirken und für eine soziale und ökologische Entwicklung sorgen. (...) Schon heute ist das Bildungssystem in Deutschland chronisch unterfinanziert. Der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben liegt in Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.... Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund,

der und Kommunen auf, deutlich mehr in das öffentliche Bildungswesen zu investieren. Gemessen am Ziel des Dresdner Bildungsgipfels, mindestens zehn Prozent des BIP in Bildung und Forschung zu investieren, muss der Staat schon heute jährlich mindestens 27 Milliarden Euro zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen, Hoch- und Berufsschulen und Weiterbildung investieren. Nach internationalen Standards liegt der Bedarf sogar noch höher.

AK, MA, LJ,



„Bildung. Weiter denken!“ ist eine Initiative der GEW für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen sowie mehr Geld für Bildung. Die GEW zeigt nicht nur, was sie unter guter Bildung versteht, sondern auch wie sich zusätzliche Investitionen in Bildung finanzieren lassen.

Die Möglichkeiten vor allem von armen Städten sind begrenzt. Die GEW fordert mehr Unterstützung des Landes. Die GEW sieht dringenden Handlungsbedarf:

**„Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld zusätzliche personelle und materielle Ressourcen erhalten.“**

Kinder, Jugendliche und Eltern, vor allem aber die Beschäftigten im Bildungsbereich haben berechnete Forderungen und Erwartungen, Lern- und Lehrangebote sowie die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen zu verbessern.

Die Antwort der Politik lautet darauf aber regelmäßig:

Kein Geld. Leere Kassen.

Die Schuldenbremse. Die „Schwarze Null“.

Der Bund wiegelt ab und spielt den Ländern den Ball zu: Bildungspolitik sei Ländersache. Durch das Kooperationsverbot seien dem Bund die Hände gebunden. Doch nach wie vor gilt der Satz John F. Kennedys: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung.“

GEW macht Vorschläge.

Wenn Politik behauptet, es sei nicht genug Geld für Bildung da, widersprechen wir.

Ein resigniertes Denken, das mehr Geld in der Bildung für eine aussichtslose Sache hält, teilen wir nicht.

Die GEW macht nicht nur Vorschläge, was sie unter guter Bildung versteht. Wir zeigen auch Wege auf, wie sich die zusätzlich notwendigen Investitionen finanzieren lassen. Wir haben errechnet, wie mehr Geld in die Kassen der Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalte fließen kann:

- Der Länderfinanzausgleich muss im Rahmen des auslaufenden Solidaritätszuschlags neu geregelt werden
- Die Erbschaftsteuer muss reformiert werden. Sie ist eine Steuer, die den Ländern und damit der Bildungsfinanzierung direkt zu Gute kommen kann.
- Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss endlich fallen.

So stünde Ländern und Kommunen dauerhaft mehr Geld für Bildung zur Verfügung. Dafür will die GEW kämpfen. Einen ersten Erfolg haben wir schon zu verzeichnen: Für den Hochschulbereich ist das Kooperationsverbot gelockert worden. Also: Geht doch!

Bund und Länder haben ihr 2008 in Dresden gegebenes Versprechen, eine „Bildungsrepublik“ zu schaffen und dafür

bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung und Forschung bereitzustellen, bis heute nicht gehalten.

Höchste Zeit zu handeln! Dafür suchen wir als Bildungsgewerkschaft nach Bündnispartnern, die bereit sind für das Ziel mehr Geld für bessere Bildung, Tat- und Argumentationskraft aufzubringen. Schlechte Arbeitsbedingungen, zu lange und unbezahlte Mehrarbeit, Einkommen, die nicht aufgabenadäquat sind, sowie prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse wollen wir in gute Arbeit umwandeln.

Weil wir uns gute Bildung und gute Arbeit leisten wollen und müssen.

Marlis Tepe

GEW-Bundesvorsitzende

<https://www.gew.de/weiter-denken/ziele/>



## Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen eingefordert!

### Rückblick auf das GEW-Landtagsgespräch 2017 mit Klaus Kaiser (CDU) und Prof. Baumgarten.

Die GEW-Delegation thematisierte damals unter anderem den Themenbereich „Multiprofessionelle Teams“ und den GEW-Antrag an die Personalversammlung Grundschulen in Gelsenkirchen „Sozialpädagogische Fachkräfte einfordern!“

Dort hieß es:

„Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass für jede Grundschule eine Stelle für Sozialpädagogische Fachkräfte eingerichtet wird.“

Begründung: Die Förderbedarfe der SchülerInnen sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Durch steigende Klassenstärken, der Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik und des Inklusionsprozesses wird eine individuelle Förderung speziell von Kindern aus benachteiligten Gesellschaftsschichten immer schwieriger. Für die Sicherstellung einer gezielten, lückenlosen Förderung sind Sozialpädagogische Fachkräfte ein unverzichtbarer Bestandteil. Um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten, müssen an allen Grundschulen volle Stellen für Sozialpädagogische Fachkräfte eingerichtet werden.“

### In Bezug auf diesen Antrag hat die Landesregierung in zwischen Schritte in die richtige Richtung unternommen.

Anfang 2018 wurden ca. 600 Stellen für Sozialpädagogik in der Schuleingangsphase ausgeschrieben. Interessant ist, dass bei der Verteilung der Sozialindex zugrunde gelegt worden ist, worauf wir gedrängt haben, um auf die vielfältigen Probleme angemessen reagieren zu können. So fielen fast 50% der Stellen im Regierungsbezirk Münster auf Gelsenkirchen mit dem höchsten Sozialindex von 100.

Im nächsten Jahr sollen weitere Stellen folgen. Landesweit sind für die Sekundarstufe I ca. 300 Stellen vorgesehen und nochmals für die Schuleingangsphase fast 600 Stellen. Hoffentlich wird auch hier wieder der Sozialindex als Berücksichtigungsgröße einbezogen.

LJ

# „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Ferdinand Lassalle

Präsident des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) und Gründervater der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

# #401GE

Ein Kommentar von Michael Voregger

Seit eine vom ZDF präsentierte Studie Gelsenkirchen die schlechteste Lebensqualität von ganz Deutschland bescheinigte (siehe *isso*. #36 Juni 2018), hat unsere Stadt zu den vielen schon bekannten Negativ-Labels noch ein weiteres dazu bekommen: 401 – der letzte Platz von allen untersuchten Städten und Kreisen. Das Ergebnis schockierte, erzeugte Diskussionen und veranlasste den Gelsenkirchener Olivier Kruschinski dazu, in Facebook eine trotzige Gegenkampagne zu starten: Der Hashtag #401GE dreht den Spieß um und spielt mal mehr, mal weniger satirisch mit dem katastrophalen Image der Stadt. Viele Gelsenkirchener\*innen beteiligten sich und posteten eigene Beiträge. T-Shirts mit dem neuen Slogan wurden gedruckt und unter das Volk gebracht. Eines zog sich im Juli gar SPD-Politiker Sebastian Watermeier anlässlich eines Termins mit NRW-Heimatministerin Ina Scharrenbach an.

Negatives Marketing kann gutes Marketing sein, aber in diesem Fall verkehrt sich die gute Idee in das genaue Gegenteil. Wenn die Genossen der SPD mit #401-Shirts in der Öffentlichkeit posieren, läuft hier was ziemlich falsch.

Die schlechten Nachrichten erreichen Gelsenkirchen in immer kürzeren Abständen: höchste Arbeitslosenquote bundesweit, die meisten AfD-Wähler im Westen, ein Drittel der Kinder lebt in Armut, die ärmste Stadt Deutschlands und so weiter.

Da versteht jeder, dass viele Menschen sich das Elend schön reden und dem Boten der schlechten Nachrichten die Schuld geben. Dabei müsste die lokale Politik eine Mitschuld eingestehen, doch das würde die Existenzgrundlage der Funktionäre vor Ort gefährden, im Land und im fernen Berlin – das will niemand auf seine Kappe nehmen. Mit entsprechenden Diäten ausgestattet, lässt sich der Wohnsitz in Gelsenkirchen ertragen.

Von den Abgeordneten Markus Töns und Sebastian Watermeier vermisste ich nicht nur interessante Gedanken, die sie zu politischen Themen äußern. Vielleicht ist das zu viel erwartet, aber sie müssen die Probleme vor Ort benennen und Unterstützung von außen organisieren. Das ständige Abrufen von Fördergeldern ist dabei nicht die Lösung, denn so entsteht keine Dynamik, keine Entwicklung und kein Prozess, der sich selber trägt. Die Stadtgesellschaft kippt derzeit, und der „Point of no return“ ist in Sichtweite.

Ein Hinweis auf die aktuelle Wahlkreisprognose für das Ruhrgebiet macht die desolante Lage deutlich. Bei den Erststimmen kommt die SPD in den Wahlkreisen Gelsenkirchen, Duisburg II und Essen II nur noch auf knapp über 30 Prozent. Von der Schwäche der SPD profitieren die Rechten von der AfD. In Gelsenkirchen kommt die AfD mit 25 Prozent auf den zweiten Platz, und die CDU landet mit 20 Prozent auf Platz 3.

Da helfen keine lustigen T-Shirts und witzigen Sprüche weiter. Es wird Zeit für eine öffentliche und politische Debatte. Die Genossen bieten bisher altbekanntes Schönfärben und politische Kleingeisterei. Ein Blick in die Klassiker kann helfen.

Quelle: *ISSO* Sep 2018

Steh auf  
für  
Gelsenkirchen!

## Plädoyer für eine bessere personelle Ausstattung der NRW-Berufskollegs

Von Wolfgang Beneken

**Die Berufskollegs (BKs) in NRW sind gegenüber den anderen Schulformen der Sekundarstufe objektiv strukturell benachteiligt! Warum ist das so?**

**Das ausdifferenzierte Bildungsangebot des BK führt tendenziell zu „zu kleinen“ Klassen**

Ein Gymnasium etwa oder eine Gesamtschule nimmt für die fünfte Klasse Anmeldungen entgegen und bildet der Nachfrage folgend eine entsprechende Zahl von gleichartigen Eingangsklassen mit gleicher Stundentafel und gleichen Fächern. Die Klassen sind grundsätzlich voll und daher in der Lage, über die Schüler-Lehrer-Relation so viele Lehrerstunden zu generieren, dass neben den notwendigen Entlastungsstunden für Schulleitung und für sonstige Aufgaben vor allem die jeweiligen Stundentafeln erfüllt werden können.

Ein Berufskolleg dagegen bildet in einer großen Vielfalt eine Fülle von verschiedenen Eingangsklassen sowohl im Bereich des dualen Systems als auch in Vollzeitklassen mit den verschiedensten Schulabschlüssen. Wegen dieser Ausdifferenziertheit und wegen des politischen Willen, den jungen Menschen ihre Wahlfreiheit zu lassen hinsichtlich ihrer Berufs- und Bildungsoptionen, werden die Klassen am BK oft nicht ganz voll. Dann erzeugen sie aber auch nicht die für den angebotenen Bildungsgang notwendige Anzahl an Lehrerstunden, weil die maßgebliche Schüler-Lehrer-Relation hierfür von vollen Klassen ausgeht. Das ist wirklichkeitsfremd!

Mit den vorgegebenen Schüler-Lehrer-Relationen könnte man die Stundentafel eigentlich erst dann erfüllen, wenn man nur Klassen zuließe, welche am oberen Rand der Sollstärke liegen. Das würde wiederum bedeuten, dass bei der Schulanmeldung massenhaft Schüler abgelehnt bzw. an ein weit entfernt gelegenes BK der gleichen Fachrichtung verwiesen werden müssten. Wie sollte das praktisch funktionieren?

Gymnasien und Gesamtschulen können übrigens ansatzweise genau diese Problematik der Planung nach Entscheidung der einzelnen Schüler erahnen, wenn sie das Kursangebot für die gymnasiale Oberstufe zusammenstellen. Aber: Oft können sie die dabei entstehenden Probleme abmildern durch Kooperation mit den GOS benachbarter Schulen. Und im Gegensatz zum BK sind die Schüler schon jahrelang im „Anflug“ auf die GOS, brauchen nicht jedes Jahr neu erworben werden mit ungewissem Ausgang, ob die neuen Schüler überhaupt antreten und wenn ja, ob sie die fachlichen Voraussetzung für den Bildungsgang mitbringen.

**Fachliche Defizite aus der Sekundarstufe I führen zu erhöhtem Lehrerbedarf**

Hier liegt der nächste Grund für die strukturelle Benachteiligung der Berufskollegs: Zahlreiche Schüler, neu am BK, merken erst dort, dass sie mit ihrem Abschluss aus der Sekundar-

stufe I wohl formal die Zugangsvoraussetzungen erfüllen. Aus Gründen, welche die abgebenden Schulen der SI zu vertreten haben, entsprechen die mitgebrachten fachlichen und methodischen Kompetenzen aber immer wieder nicht den vorgezeigten Abschlüssen.

Diese Schüler scheitern dann oft im Laufe der nächsten Zeit, so dass ein mehrjähriger Bildungsgang im folgenden Schuljahr noch weniger Schüler hat. Diese kleineren Klassen sollen trotzdem ihre volle Stundentafel haben, aber wo sollten denn die Lehrerstellen dafür herkommen? Will man dagegen das Scheitern von Schülern auffangen, müsste das BK entsprechend zusätzliche personelle Ressourcen für die Förderung aufbringen. Wo sollten dann diese Stunden herkommen?

**Werkstattlehrer-Stellen bitte richtig abbilden!**

Der für BKs typische Praxisunterricht in Werkstätten wird durch Werkstattlehrer erteilt. Diese erhalten ein geringeres Tarifentgelt als „normale“ Lehrer. Sie unterrichten jeweils nur halbe Klassen und tragen deshalb trotz ihrer 30 Wochenstunden nur 15 Stunden zur Unterrichtsversorgung der Klassen bei, im Gegensatz zu den „normalen“ Lehrern mit 25,5 Stunden. In der offiziellen Statistik (SchIPs), welche die Versorgung einer Schule mit Lehrerstellen abbilden soll, müssten sie daher mit 0,6 Stellen berechnet werden. Tatsächlich wird ein Werkstattlehrer in SchIPs jedoch als ganze (1,0) Lehrerstelle geführt.

Hat zum Beispiel ein BK 100 Lehrer, davon 10 Werkstattlehrer, so bekommt es  $10 \times 0,4 = 4,0$  Stellen in seine Stellenstatistik geschrieben, die faktisch gar nicht da sind. Das ist billig für das Land, weil es eine 100prozentige Ausstattung der Schule mit Lehrerstellen behauptet, auch wenn es tatsächlich nur 96 Prozent sind.

**Mit der strukturellen Benachteiligung der BKs verfehlt die Bildungspolitik ein wichtiges Ziel**

Die genannten strukturellen Gründe führen dazu, dass die Schüler am Berufskolleg grundsätzlich nicht die Stunden generieren, die nötig wären, um in allen Bereichen die Stundentafel einzuhalten. Praktisch führt dies innerhalb des BKs dann zu einer Art „Kannibalismus“: Abteilungen und Bildungsgänge mit einer stärkeren Lobby werden mit Stunden aus den anderen Bereichen bedient, wo weniger Widerstand zu erwarten ist: Die ohnehin schwächsten Schülergruppen, die oft mit Sprachproblemen und Lernbehinderungen zu kämpfen haben, erfahren dann eine weitere Reduzierung ihrer Bildungschancen.

Das entspricht in keiner Weise dem aktuellen politischen Ziel, die Schule als Mittel der gesellschaftlichen Integration zu nutzen und jedem jungen Menschen eine faire Bildungschance anzubieten – oder?

### Die Lösung des Problems kostet Geld

Eine Verringerung der Schüler-Lehrer-Relation um mehrere Prozentpunkte wäre nötig, um diese strukturelle Benachteiligung der Berufskollegs zu kompensieren. In diesem Maße könnten die BKs zusätzlich Lehrer einstellen, um in allen Klassen im erforderlichen Umfang den Unterricht erteilen zu können und um gegebenenfalls Förderkurse einzurichten, damit Schüler ihre mitgebrachten Defizite ausgleichen können.

SchIPS sollte Werkstattelehrer mit nur jeweils 0,6 Stellen berechnen, um deren tatsächlichen Beitrag zur Erfüllung der Stundentafeln richtig abzubilden. Das allein würde den BKs einen Stellenaufschlag von ca. 3-4 % bringen!

Gleichfalls müsste man darüber nachdenken, ob die Berufskollegs nicht auch eine deutlich höhere Zahl an Entlastungsstunden benötigen für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben sowie für die Beratung von Schülern. Denn diese Aufgaben fallen für den BK-Schüler in seiner ein- bis dreijähriger Verweildauer mindestens genauso an wie für den Schüler an einer anderen Schulform, wo sich diese Aufgaben aber auf eine Verweildauer von in der Regel sechs bis neun Jahre verteilen. Da die Entlastungsstunden aus dem eigenen Stellentopf der Schule genommen werden, müsste auch aus diesem Grund die Stellenausstattung der BKs entsprechend erhöht werden!

Die Landesregierung in Düsseldorf und die politischen Parteien müssen sich nun der Frage stellen: Wie reagieren wir auf diese offenkundige Gerechtigkeitslücke innerhalb unseres Bildungssystems? Weitermachen wie bisher und riskieren, dass die Berufskollegs weiter zurückfallen? Augen, Ohren und Herzen davor verschließen, dass die schwächsten Jugendlichen in einer entscheidenden Phase ihres Lebens eine weitere Benachteiligung erfahren?

Oder nehmen wir in NRW unseren Anspruch ernst, allen Jugendlichen eine faire Bildungschance zu bieten und auf einen Platz in unserer Gesellschaft vorzubereiten? Gerade die Kollegen an den Berufskollegs leisten hier mit leider unzureichenden Mitteln täglich Außerordentliches! Die Politik sollte nun zeigen, dass sie die Problematik erkennt, nach fairen Lösungen sucht und dann auch entsprechend handelt! Es lohnt sich bestimmt!

### GEW-Geschäftsstelle:

Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 513759 Fax: 0209 514207

### Homepage:

www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail: gew-ge@gmx.de

**Öffnungszeiten:** MO und DIE: 13:00 - 16:00 Uhr  
MI und DO: 9:00 - 12:00 Uhr

## Gelsenkirchen schöpft Fördermittel „Gute Schule 2020“ aus



Foto: Joachim Kleinknecht

Am 21.09.2018 wurde Schulamtsdirektor Südholz in der WAZ zur Situation in Gelsenkirchener Grundschulen wie folgt zitiert:

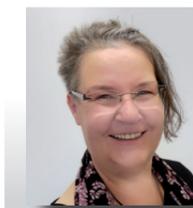
Die positiven Nachrichten ergänzte Schulamtsdirektor Bernhard Südholz mit der Meldung, dass Gelsenkirchen keineswegs Schlusslicht bei der Besetzung der **Lehrerstellen an Grundschulen** sei. Vielmehr könnten die Pflichtaufgaben hier erfüllt werden. Dank Abordnungen aus dem Münsterland und dank der Tatsache, dass 90 Prozent der Referendare, die hier ausgebildet wurden, in Gelsenkirchen gehalten werden konnten.

Hinter der derzeit möglichen Erfüllung der Pflichtaufgaben stehen allerdings mehrere dicke „aber“. Erstes „aber“: Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass ab Dezember zehn Lehrerinnen wegen Schwangerschaft nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Zweites „aber“: Die Zeit der 25 abgeordneten Lehrer aus dem Münsterland in Gelsenkirchen endet im Sommer 2019. Drittes „aber“: Es darf ohnehin niemand krank werden. Vertretungslehrer gibt es nicht, der Markt ist leergefegt. Zudem seien die Klassen im Stadtsüden viel zu groß, sei „der Bildungsauftrag gefährdet“, so Südholz.

Sibylle Raudies, WAZ Ge.

Der Schulaufsicht ist bewusst, dass bei der derzeitigen Situation an vielen Schulen, dort ausschließlich die Pflichtaufgaben erfüllt werden können und auch nur, wenn keine weiteren Ausfälle durch Schwangerschaft oder Erkrankungen eintreten.

Hoffen wir, dass die 61 Stellen für Lehrkräfte die für die 39 Gelsenkirchener Grundschulen (stand 20.11.2018) ausgeschrieben waren, besetzt werden können, denn sonst werden selbst die Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllbar sein.



Martina  
Albretsen

## Gegen Bildungsbenachteiligung...

demonstrierte der Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW am Freitag, den 27. April 2018 vor dem Hans-Sachs-Haus.

Die Gewerkschaft fordert "Beste Bildung für alle" und geht dazu mit Trommeln und Fahnen auf die Straße. Die Landesvorsitzende der GEW in Nordrhein-Westfalen, Dorothea Schäfer hielt im Rahmender Kundgebung am Hans-Sachs-Haus eine Rede gegen Bildungsbenachteiligung.

### Forderungen:

- Kleine Klassen für alle betroffenen Schulen!
- Durchgängige Doppelbesetzung, um den jungen Menschen gerecht werden zu können!
- Schaffung multiprofessioneller Teams, bestehend aus diversen Professionen (Sozialarbeiter, Therapeuten, Psychologen, etc.) damit Integration gelingen kann!
- Fortbildungen im Bereich Deutsch als Zielsprache für alle Lehrkräfte!
- Zeitliche Ressourcen für Organisation und notwendige Fortbildungen!
- Unterstützungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss!
- Maßnahmen zur Gesunderhaltung des Personals an allen Schulen!



Dorothea Schäfer (Mitte) hielt im Rahmender Kundgebung am Hans-Sachs-Haus eine Rede gegen Bildungsbenachteiligung.

## Predigt des Industriepfarrers, Dieter Heisig, am 1. Mai, anlässlich der Maidemonstration vor dem Musiktheater"



1. Mai „Tag der Arbeit“.  
Ökumenischer Gottesdienst am 1.5.2018 zum Start der Maidemonstration vor dem Musiktheater.  
Predigt von Pastor Dieter Heisig:

### Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

diesmal habe ich es ganz leicht mit dem Motto zum 1.Mai. Einmal, weil es ja nur 3 Wörter sind: Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität.

Was gibt's da noch zu sagen – wer wollte da nicht mit einstimmen? Und zum Anderen: Vielfalt? Ja sicher, ist doch schön. Gerechtigkeit? Claro, das wissen wir als Gewerkschafter/innen doch, was das ist. Und Solidarität? Davon reden wir schließlich bei fast jeder Veranstaltung.

Aber es gibt dieses Jahr noch einen Grund, warum ich es als Pfarrer leicht habe mit dem Motto: denn diese 3 Begriffe sind Schlüsselbegriffe des christlichen Glaubens - sie gehören zum Kernbestand der Bibel – auch wenn sie da vielleicht etwas anders heißen.

Aber auch wenn sie uns als Gewerkschaftsmenschen vertraut sind, wenn sie allen Christenmenschen bekannt sein müssten und auch, wenn alle politisch Interessierten damit umgehen – ich fürchte, es hat schon seinen Grund, dass wir solche Begriffe zwar gerne bei besonderen Gelegenheiten nutzen – sie aber dann auch gerne wieder in den Koffern mit den Dekoartikeln verschwinden lassen – bis zum nächsten Mal.

Warum das so ist? Mögliche Antworten finde ich in den alten biblischen Schriften, in denen davon die Rede ist – denn hier werden nicht nur die Wörter gebraucht, sondern hier ist auch die Rede davon, was das denn meint, was das denn dann auch heißt.

So ist auf den ersten Seiten der Bibel gesagt: Gott schuf die Menschen nach seinem Bilde.

Damit ist ja keine biologisch wissenschaftliche Theorie benannt (so wie das vielleicht einige christlich fundamentalistische Gruppierungen verstehen wollen); sondern damit ist gesagt: wenn alle Menschen nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, dann kommt auch allen die gleiche Würde zu. Eine Würde, deren Wert höher ist als alle unsere gesellschaftlichen Festlegungen. Denn diese Würde haben dann alle Menschen – nicht nur weiße Europäer, sondern auch schwarze Afrikaner; genauso wie Männer und Frauen dieselbe Würde besitzen; aber eben auch der Chef der deutschen Bank ebenso wie der Obdachlose auf der Parkbank – der Moslem ebenso wie die Christin und die Parteigenossin eben auch genau so wie der C-Promi im Dschungelcamp.

Die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen hat die unverhandelbare Würde jeder Person zur Folge – und solche Vielfalt müssen wir dann auch aushalten und leben – und nicht nur davon reden.

Und das Zweite: Gerechtigkeit; hier hat die Bibel eine wunderbare Formulierung gefunden: „Es ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“. Auch hier: es ist von mehr die Rede als nur von der Beschlusslage einer Partei und auch von mehr als nur einem netten, gern gehörten Sonntagsbegriff. Denn das Bild von Wasser und Bach besagt z.B. auch: Gerechtigkeit und Recht sollen nicht an der Kassenlage der öffentlichen Hand enden. Aber genau so mag es doch einem lange erwerbslosen Menschen vorkommen, wenn ökonomische Interessen zwar seinen Arbeitsplatz kosten dürfen – es aber als persönliches Versagen angesehen wird, wenn er nicht gleich wieder einen Job findet. Das wäre dann wie ein Bach, dessen Wasser bewusst umgeleitet wird – in die Kehlen derer, die die Macht dazu haben und den Hals nicht vollkriegen.

Ja und als Drittes die Solidarität. Das ist mehr als Almosengeben und charity Veranstaltungen. Manchmal sind über das Folgende viele Christinnen und Marxisten gleichermaßen erstaunt – aber auch wenn sie den Begriff Solidarität nicht ausdrücklich gebraucht: die Bibel erzählt von Lebensgemeinschaften ohne Privateigentum. Man lebte in Gütergemeinschaft und war „ein Herz und eine Seele“; so wird berichtet. Und auch wenn das alles historisch zu hinterfragen ist, auch wenn hier idealisierend erzählt wird: es ist offensichtlich ein Gegenmodell zum Kapitalismus unserer Zeit; ganz egal ob der auf seinen Fahnen stehen hat: „Amerika first“, „marktkonforme Demokratie“ oder „eigener Weg zum Sozialismus“.

Das Erfolgsgeheimnis scheint mir in „einem Herzen und

einer Seele“ zu liegen. Ekel Alfred war die Karikatur dazu – aber reicht das, um den Grundgedanken aufzugeben, zu desavouieren? Legitimiert das die blöde Rede von sogenannten Gutmenschen, die dann oft als weltfremd und spinnert hingestellt werden?

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,**

Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität – was als so einfach und einleuchtend daher kommt: ich finde, das geht in ungeahnte Tiefen. Das ist eben mehr als schnell gesagte Hülsen – ist aber auch mehr als noch so wissenschaftlich fundierte Beschlüsse und Programme.

Und noch etwas: bei ehrlichem Umgang mit mir selbst, stellen diese Begriffe auch mich und meine Sicherheiten in Frage – vielleicht ja auch Sie und Dich.

Denn: was ist mit dem alltäglichen Rassismus in mir? Gibt's den wirklich nicht?

Was ist mit meinem Engagement für Gerechtigkeit? Ist das meine Überzeugung wirklich die einzig richtige?

Und ist meine Solidarität nicht doch oft eingegrenzt – mit denen, die mir aus welchen Gründen auch immer näher stehen als andere?

Mehr Fragen als Antworten. Das ist manchmal auch gut so. Denn so wichtig es ist, zusammen zu stehen: wirklich weiter kommen wir nur bei ehrlichem Umgang miteinander – sozusagen auf dem Weg zu einem Herz und einer Seele.

Das ist der Weg, von dem Maria sang. Einem Weg in eine Welt ohne Gewaltherrschaft, dafür mit Gleichberechtigung; einem Weg zu Gerechtigkeit, der allen Menschen ein Leben in Würde eröffnet.

Wenn wir unsere Herzen nicht erreichen, dann können wir zwar Gottesdienste feiern – durchaus auch mit Bezug auf die Bibel – aber sie werden hohl bleiben; oder wie der Profet Amos sagt: ich kann eure Gottesdienste nicht riechen.

Wenn wir unsere Herzen nicht erreichen, dann können wir zwar tolle Beschlusslagen und Resolutionen verabschieden – durchaus mit richtigen Erkenntnissen – aber die Folgen könnten sein: eine Herrschaft wird schlicht durch eine andere ersetzt und neue Herrschaft verschleiert.

Insofern ist für mich das Wort von den „Herz Jesu Marxisten“ kein Schimpfwort, sondern eher eine sinnvolle Richtungsangabe. Da ist dann kein fertiger Plan; kein einfaches Rezept – da ist aber auch keine Resignatio aber da ist die Einsicht:

Vieles muss sich ändern, damit vielen Menschen zu ihrer Würde verholfen wird. Besonders denen, die diskriminiert werden. Dazu brauchen wir Vielfalt.

Vieles muss sich ändern, damit alle zu ihrem Recht kommen können.

Besonders die Schwächeren. Dazu brauchen wir Gerechtigkeit. Vieles muss sich ändern, damit Menschen spüren können, dass sie mehr sind als Produktionsfaktoren.

Besonders die, die schon lange allein sind und resignieren.

**Dazu brauchen wir Solidarität.**

*Amen!*



Maikundgebung

## Gewerkschaften fordern in Gelsenkirchen höheren Mindestlohn

Hendrik Steimann



Fotos: Jörg Schimmel

Die Mitglieder von Gelsenkirchener Gewerkschaften haben auch für die Maikundgebung in diesem Jahr viele Forderungen.

WAZ 26.04.2018

### Digitalisierung als neue Form des Strukturwandels



Um Perspektiven für junge Berufseinsteiger geht es auch der DGB-Jugend. Bildungsreferentin Christin Riedel sieht die Digitalisierung als neue Form des Strukturwandels. „Sie muss attraktiv für den Arbeitsmarkt gestaltet werden und nicht nur eine Männerdomäne

sein“, sagt sie. Die Jugend macht sich am Tag der Arbeit aber vor allem für ein Azubi-Ticket stark, was ähnlich wie ein Semesterticket für Studierende eingeführt werden soll.

DGB, Verdi und die IG Bau wollen sich darüber hinaus für einen höheren Mindestlohn einsetzen. „Er reicht noch nicht, vielen Stellen zahlen ihn gar nicht“, kritisiert Martina Steinwerth, stellvertretende Geschäftsführerin im Verdi-Bereich Mittleres Ruhrgebiet. Susanne Neumann aus dem IG-Bau-Vorstand Emscher-Lippe prangert diesbezüglich fehlende Kontrollen aufgrund von fehlendem Personal an.

Desweiteren sprechen sich die Gewerkschaften gegen befristete Arbeitsverträge aus, die beispielsweise Lehrern keine Zukunft bieten und Schüler durch die Personalrotation verunsichern würden. Die Gelsenkirchener GEW schlägt stattdessen beispielsweise die Reduzierung von Pflichtstunden vor und ruft nach gleicher Bildung für alle.

**Bei der Maikundgebung ruft die DGB nach einem sozialen Arbeitsmarkt. Für junge Menschen soll es bessere Perspektiven geben – und ein Ticket.**

Laut wird es am Tag der Arbeit rund um die Altstadt und auf dem Neumarkt werden. Und bunt, geht es nach der DGB-Jugend. Denn am 1. Mai findet die DGB-Kundgebung statt und mit ihr werden Forderungen laut – nach dem, was nicht nur den Gewerkschaften auf dem Herzen liegt.

### Mehr Arbeitsplätze vor Ort

Dies sind vor allem die Themen Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Dafür kämpfen die Gewerkschaften. Neben den bundesweiten Themen, die Stefan Körzell aus dem DGB-Bundesvorstand kundgeben wird, spielen viele regionale Themen ebenfalls eine Rolle. Gelsenkirchens DGB-Chef Mark Rosendahl möchte vor allem auf den Sozialen Arbeitsmarkt aufmerksam machen. „Wir wollen ihn in der Stadt sowie im gesamten Ruhrgebiet realisieren. Dazu laufen bereits Gespräche mit Städten und Arbeitgeberverbänden“, sagt er und spricht dabei von 10 000 Stellen als Ziel. Insgesamt wollen die Gewerkschaften mehr Arbeitsplätze vor Ort. „Durch den Strukturwandel sind viele Arbeitsplätze aus der Industrie ersatzlos weggefallen“, merkt Rosendahl an. Daneben bestehe in den kommenden zehn Jahren ein großer Bedarf an Fachkräften und Nachwuchs. „Bis zu 40 Prozent einer Belegschaft fällt altersbedingt weg. Wir müssen also dafür sorgen, dass es genügend Ausbildungsplätze gibt“, reißt der DGB-Vorsitzende an. Für ihn ist die Kundgebung am Neumarkt übrigens eine Premiere, erst seit dem Jahreswechsel ist er von Marl nach Gelsenkirchen gekommen.

## GEW-Landtagsgespräch 2018 mit Ralf Witzel (MdL, FDP)

Auch in diesem Jahr hat eine Delegation unseres GEW-Stadtverbandes GE/GLA die direkte Auseinandersetzung in puncto Bildungspolitik mit einem Akteur, der an der Regierung beteiligten Parteien gesucht.

Im Focus stand der Lehrkräftemangel und damit verbunden die überwiegend leerlaufenden schulscharfen Ausschreibungsverfahren. Die GEW wies auf die enormen Zeitressourcen hin, die an dieser Stelle ohne Nutzen verschwendet werden und forderte alternative Verfahren ein.

Ralf Witzel spürte den Unmut der Delegation beim Themenkomplex „Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte an Schulen in NRW“. Hier wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir von der Landesregierung wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden, weil in einigen Landesbehörden deutlich mehr für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Kolleginnen und Kollegen getan wird. Die große Chance des COPSOQ-Verfahrens 2014 wurde nicht genutzt, um eine Ursachenanalyse anzustoßen mit einem abschließenden Entlastungskatalog, der ein Mosaiksteinchen zur Attraktivitätssteigerung unseres Berufes gewesen wäre.



GEW-Delegation der Stadtverband Gelsenkirchen und Gladbeck beim dem FDP Landtagsabgeordneten Ralf Witzel ( 3. v. rechts) mit Susanne Cichos (stellvertretende Kreisvorsitzende FDP (4.v. links)

In Verbindung damit standen natürlich weitere Themenfelder, wie Reduktion der Klassengrößen, Qualifikation der Seiteneinsteiger, Schulsozialarbeit, Entlastungsstunden, Anwachsen der Bürokratie durch zunehmende Dokumentationen, Inklusion, Gewalt gegenüber Lehrkräften etc. auf der Tagesordnung. Abschließend machte die Delegation darauf aufmerksam, dass es Ziel sein muss alle Schulen so auszustatten, dass

die Talente aller Kinder gefördert und gefordert werden können. Dies würde die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, die Zufriedenheit der Eltern und die Lernfreude bei den Schülerinnen und Schülern erhöhen. Darüber hinaus würde sich langfristig der gesamtgesellschaftliche Nutzen in einem deutlichen Anstieg des Bildungsniveaus äußern und den jungen Menschen mehr berufliche Selbstbestimmung ermöglichen.

## DGB-NRW Vorsitzende richtet klare Worte an die Landesregierung

Die GEW-Gelsenkirchen nahm die diesjährige Einladung zum Arbeitnehmerempfang der Landesregierung wahr und verfolgte mit Interesse den Wortbeiträgen.

In ihrer Rede fand die neue DGB-NRW Vorsitzende, Anja Weber, klare Worte zur politischen Situation im Land. Auch den Bereich Bildung sparte sie nicht aus und brachte in Erinnerung an die Wahlkampfthemen sinngemäß auf den Punkt: Wer beste Bildung für alle will, der muss die Probleme auch endlich anpacken! Dazu forderte sie einen „Ruck in der Landesregierung“! Weber appellierte an die Landesregierung: „Jeder fünfte im Ruhrgebiet ist von Armut bedroht, bei Alleinerziehenden und Kindern fast die Hälfte. Ich finde, das ist ein unerträglicher Zustand, und ich finde, dass das beendet werden muss. Dazu gehört das Eingeständnis, dass über Jahrzehnte an den falschen Stellen gespart wurde.“

In den weiteren Reden des Abends,



Britta Logermann, Lothar Jacksteit und Fatime Yanaz

ging es unter anderem auch um den Strukturwandel und damit verbunden, um die Schließung der letzten Zeche im Ruhrgebiet. Darüber hinaus wurde die Ruhrgebietskonferenz als Chance bezeichnet. Hier sollen neue Perspektiven für das Land, Zukunft-Bildung und der weitere Strukturwandel entwickelt werden. LJ

Lothar Jacksteit, Fatime Yanaz und Martina Albretsen

## Internationale Präsentation des UNESCO-Weltbildungsberichts 2019 am 20.11.2018 im Auswärtigen Amt in Berlin „Migration, Flucht und Bildung“

Ich durfte dem Spektakel auf Einladung der Deutschen UNESCO-Kommission beiwohnen.

Nach den obligatorischen Grußworten (Heiko Maas entschuldigte sich „wegen parlamentarischer Pflichten“) gab UNESCO-Generaldirektorin Audrey Azoulay eine kurze Einführung in Sinn und Zweck der Weltbildungsberichte, sie betonte insbesondere die Herausforderung, SDG 4 (hochwertige Bildung) weltweit zu erreichen, aber auch Bildung als wichtiges Element zur Erreichung der anderen SDGs anzuerkennen. Es folgte Volker Türk, Flüchtlingshochkommissar für Schutzfragen der UNHCR, der ein paar Zahlen zur Migration und der Bildungssituation von Flüchtlingen nannte.

Der UNESCO-Direktor des Bildungsberichts, Manos Antoninis gab eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse in deren Verlauf er mehrfach ein inklusives Bildungssystem forderte und gegliederten/ausgrenzenden Systemen eine Abfuhr erteilte.

Kernforderungen des Berichts seien im Einzelnen:

1. Unabhängig vom Status das Recht auf Bildung schützen
2. Inklusion von Migranten in die nationalen Systeme (nicht separieren, keine Sondereinrichtungen)
3. Auf die Bedürfnisse der Migranten eingehen (Unterstützung, Förderung ...)
4. Herkunft und persönliche Geschichten berücksichtigen (auch Bildungsmaterialien anpassen)
5. Lehrkräfte für Diversität aus- und fortbilden
6. Potentiale der Geflüchteten erkennen und nutzen (beinhaltet auch die einfache Anerkennung von Bildungsnachweisen und kultursensiblen Tests bei fehlenden Dokumenten)
7. Unterstützung von Staaten mit großen Flüchtlingszahlen nicht nur im humanitären Bereich, sondern auch bei den Bildungsaufgaben

Eine deutsche Kurzfassung und die englische Langfassung des Berichts können downgeloadet werden:

<https://www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/unesco-weltbildungsbericht/pressematerial>

Die abschließende Gesprächsrunde, an der der portugiesische Bildungsstaatssekretär Joao Costa, KMK-Vorsitzender Helmut Holter, Susanna Krüger vom Vorstand von Save the Children Deutschland, Staatssekretär Thomas Rachel vom BMBF und Aoubakar Assidick Tchorama, Bildungsminister der Republik Tschad (moderiert von Walter Hirche) brachte für mich vor allem die Erkenntnis, dass in Portugal erhebliche Anstrengungen zur Integration von Migrantenkindern in das Bildungssystem unternommen werden (bi-/multilingualer Unterricht, Versuch, alle Kinder angemessen zu fördern, die Fächer Kunst und Sport in besonderem Maße integrativ nutzen) und dass der Tschad mit Unterstützung von UNHCR und UNESCO für Afrika vorbildlich ist, was die Bildung von Flüchtlingskindern angeht, die es dort reichlich gibt – die meisten aus der Zentralafrikanischen Republik, dem Sudan und aus Nigeria.

Im Tschad wurden zahlreiche Flüchtlinge zu Lehrer\*innen ausgebildet, die die besonders betroffenen Schulen bei der Integration unterstützen. Es wurden auch Berufsbildungszentren geschaffen, die eine berufliche Integration fördern. Neben den üblichen psychosozialen Problemen (ungewisse Zukunft, Traumatisierung ...) hat man auch mit dem Problem umzugehen, dass man mit zwei Sprachen mit sehr unterschiedlichen Schriften (französisch/arabisch) umgehen muss.

Ich hoffe, dass ich mit diesem kurzen Bericht Euer Interesse wecken konnte.



Dr. Manfred Beck

## ZITAT:

»Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich an ihrem Arbeitsplatz wohl fühlen und sich mit ihrer Arbeit identifizieren, sind das A und O jedes Unternehmenserfolgs.«



Prof. Dr. Bernd Siegemund  
Vorsitzender der Geschäftsführung

# Bericht von der Jahreshauptversammlung

am Freitag dem 02. Februar 2018

Lothar Jacksteit konnte im DGB Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße, um 18 Uhr die Versammlung eröffnen und 42 Teilnehmer begrüßen.

Im ersten Teil ging es um die Regularien.

Für die Führung der Wahlen wurde Karl-Heinz Mrosek einstimmig in Vertretung für Gisela Fries-Oehlschlägel gewählt. Die Wahl wurde erfolgreich durchgeführt

Anschließend legte Detlef Seela den Kassenbericht vor und erläuterte ihn.

Manfred Beck und Uwe Lorenz hatten im Vorfeld als Kassenprüfer die Kasse geprüft. Sie hatten keine Beanstandungen entdeckt und beantragen von daher die Entlastung des Kassierers. Diese erfolgte einstimmig.

Der Tätigkeitsbericht des Stadtverbandes war in GE-W 164 stichpunktartig wiedergegeben worden. Es gab keine weiteren Fragen.

Anschließend wurde Karl-Heinz Mrosek für seine langjährige Gewerkschaftsarbeit geehrt. In diesem Zusammenhang wurde auf den Generationenwechsel in der GEW hingewiesen, den Karl-Heinz selber eingeleitet hatte.

Um 19.00 Uhr unterbrach Lothar Jacksteit die Versammlung zu einem gemeinsamen Abendbrot. Es gab Grünkohl.

Um 19.30 Uhr wurde die Tagung wieder aufgenommen, und zwar mit einem Vortrag von der Bochumer Bildungsforscherin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg. Sie stellte die Studie „Schulscharfer Sozialindex – Ungleiches ungleich behandeln“ vor, die von ihr und Gerd Möller, einem ehemaliger Mitarbeiter im Schulministerium NRW, verfasst worden war.

Auf der Basis von einschlägigen wissenschaftlichen Befunden und empirischen Daten zeigt die Studie Möglichkeiten auf, wie schlechten Schülerleistungen in bestimmten Stadtteilen gegengesteuert werden kann. Hierbei werden Fragen effektiver Steuerungen, z.B. durch einen schulbezogenen Sozialindex nach transparenten Kriterien, einbezogen und Vorschläge entwickelt, wie Schulen mit schwierigem Lernumfeld durch bessere Ressourcenausstattung in die Lage versetzt werden können, ihre ungleichen Lernvoraussetzungen zu kompensieren: Ungleiches ungleich behandeln. Über die Ressourcenfrage hinaus wird geprüft, wie weitere systemische Unterstützung für die Schulen geleistet werden kann und welche Maßnahmen die Schulen selber auf der Basis ihrer spezifischen Ausgangslage ergreifen können.

Die Kernaussagen sind folgende:

- Die Einführung eines schulscharfen Sozialindex zur Identifizierung von Schulen mit schwierigen sozialen Ausgangslagen ist notwendig.
- Nordrhein-Westfalen braucht für eine sozialindizierte Ressourcensteuerung ein ganzheitliches Konzept, das alle Steuerungsaspekte umfasst.
- Ursachen für segregierte Schulen und Lerngruppen müssen entschärft werden.
- Schulen in sozialen „Brennpunkten“ sollten in gebundene Ganztagschulen umgewandelt werden.

- Schulen benötigen dringend Unterstützung bei datengestützter Schulentwicklung.
- Eine gezielte „Kompositionseffektforschung“ muss erfolgen, um die Qualitätsentwicklung in Schulen mit schwierigen Ausgangslagen voran zu bringen.
- Die Lehrerfortbildung sollte auf den Schulstandort fokussiert werden. Außerdem sollte man Schulnetzwerke als Entwicklungsstrategie nutzen.
- Elternarbeit sollte zur Unterstützung der unterrichtlichen Arbeit intensiviert werden.

Lothar Jacksteit bedankte sich bei der Referentin für ihren Vortrag, bei den Mitgliedern und Gästen für ihr Erscheinen und für ihr langes Ausharren und schloss die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Geschäftsjahr um 20:50 Uhr.

*Fatime Yanaz*  
Schriftführerin

## Folgende Funktionen wurden besetzt:

### 1.1 Geschäftsführender Vorstand Gelsenkirchen (Wahlberechtigt nur Mitglieder des SV GE)

- **Leitungsteam:**  
Lothar Jacksteit, Britta Logermann, einstimmig en bloc.
- **Kassierer:**  
Detlef Seela, einstimmig
- **Schriftführerin:**  
Fatime Yanaz, einstimmig
- **stellvertretende Schriftführerin:**  
Gisela Barthelmes einstimmig

### 1.2 Geschäftsführender Vorstand Gladbeck (Wahlberechtigt nur Mitglieder des OV GLA)

- **Vorsitzender**  
Nicola Thiele, einstimmig
- **Kassiererin**  
Ulrike Thiele, einstimmig

### 2. Delegierte für den Gewerkschaftstag (Wahlberechtigt nur Mitglieder des SV GE)

Frauen	Männer	Ersatz
Gisela Barthelmes	Lothar Jacksteit	Necibe Köse
Britta Logermann	Detlef Seela	Petra d. J. Augusto
Fatime Yanaz	Florian Beer	Martina Albretsen
		Christina Tönges
		Mira Duk

Die 3 Gruppen von Delegierten wurden jeweils einstimmig per Handzeichen en bloc gewählt.

### 3. Kassenprüfer

Gerd Weidemann und Dr. Manfred Beck, einstimmig en bloc.

### 4. Wahlvorstand

Marion Appold und Jürgen Bleichert, einstimmig en bloc.

## Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2018

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am 02.02.2018 im DGB Haus der Jugend statt.

Im Berichtszeitraum fanden

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1172  
Gelsenkirchen 998, Gladbeck 174

6 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:

- Terminplanung/Finanzplanung , Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit Stadtverband Gelsenkirchen und Ortsverband Gladbeck
- Vorbereitung Jahreshauptversammlung 02.02.2018 im DGB-Haus der Jugend
- Besonderes Thema: Kinderarmut, Qualitätsoffensive, Inklusion, Zukunftswerkstatt, Digitalisierung, Schulbezogener Sozialindex
- Teilnahme am Gewerkschaftstag 2018
- Unterstützung einer DGB-Aktion in der Flüchtlingsarbeit (Patenschaften)
- Zusammenarbeit mit Personalräten und Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen
- Teilnahme an 4 Untergliederungsversammlungen
- Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- 6 Vorstandssitzungen, 17.01.18, 07.03.18, 16.05.18, 04.07.18, 19.09.18 Gast Mark Rosendahl (DGB), 21.11.18
- Zukunftswerkstatt, Referent Uwe Riemer-Becker , 14.02.18, 11.04.18, 06.06.18 und 21.11.18
- JHV,GE und Gladbeck, 02.02.18 Referentin Prof. Bellenberg, Thema „Schulbezogener Sozialindex“
- Vortrag Peter Hensinger, Trojanisches Pferd „Digitale Bildung“, 18.04.18
- Kundgebung am Hans-Sachs-Haus, „Bildung für alle“, 27.04.18
- 2 Filmabende in Kooperation mit den Grünen, „die Zeit nach Berg Fidel“ 02.05.18 und 13.06.18
- Landtagsgespräch 2018 am 08.Mai mit Ralf Witzel (MdL, FDP)
- Einladung für Neumitglieder in Bottrop, Thema „Den eigenen Schulalltag erleichtern- Elterngespräche“ 25.06.18
- Besichtigung der Synagoge in Gelsenkirchen, 05.09.18
- 1. Sommerfest auf Gut Steinhausen
- Seminar „Inklusion an Grundschulen“, Referentin, Susanne Huppke, 30.10.18
- Jubilarehrung im Consoltheater mit Anton Klopotek, 09.11.18
- Teilnahme an der Tarifpolitischen Tagung der G E W NRW, 14.11.18 in Essen
- Seminar „ Praktische Hilfen für die Arbeit an Grundschulen“, Referentin Elisabeth Keim, 27.11.18
- Seminar „Unterrichtsstörungen mindern“, Referent Uwe Riemer-Becker, 10.12.18

Im Berichtsraum wurden Tarifinformationen , GEW Infos, , Infos der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedenen Themen an die jeweiligen Schulformen versandt.

Der Stadtverband nahm an den Vorstandssitzungen des DGB Emscher/Lippe teil und beteiligte sich an der Maikundgebung, sowie am Antikriegstag am 1.9.18

Der Stadtverband trat bei Amtsantritt der LAA im Seminar in Erscheinung, Pressearbeit / Stadtverbandszeitungen GE-W 165 und 166

*Der Vorstand*



## Die „Sonder“schule an der Turfstraße: ein Nachruf

Im März 2018 stieß ich beim Durchblättern des Gelsenkirchener Lokalteils der WAZ auf ein Foto, dessen Anblick mich kurzfristig erstarren ließ. So erblickten meine Augen eine verwüstet zugerichtete Halle, die so in ihrem Erscheinungsbild auch hätte in einem Kriegsgebiet aufgenommen sein können. Beim zweiten Hinschauen breitete sich jedoch auch ein Gefühl von Vertrautheit und Nähe aus und unmittelbar folgend brachte das Schielen auf die Artikelüberschrift Gewissheit: Diese Halle kannte ich gut. So handelte es sich um das Atrium der ehemaligen Schlossparkschule Horst, eine Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und Soziale Entwicklung. Eine Schule, in der ich über 6 Jahre als Lehrerin tätig war und viele Tage und Stunden verbracht hatte.



Ein Foto, dessen Anblick mich kurzfristig erstarren ließ

Beim Lesen des Artikels verschwand der erlittene leichte Schock recht schnell und konnte sicherlich auch einem kleinen Gefühl von Freude und beruhigt sein weichen, denn im Inhalt erfuhr ich, dass mein ehemaliges Schulgebäude nun für die Oberstufe der Gesamtschule Horst aufwendig saniert wurde, damit zukünftig viele Schüler\*innen- Generationen mit modernster Ausstattung in Wohlfühlatmosphäre lernen und leben können. Dieser Aspekt beruhigte mich tatsächlich sehr, da ich den Schüler\*innen dieser Schule die Möglichkeit eines solch günstigen Lernumfeldes in jedem Fall von Herzen gönne. Es steht außer Frage, dass eine Schule wie die Gesamtschule Horst mit einer stark heterogenen Schüler\*innenschaft eine moderne, positives Lernklima fördernde Ausstattung absolut verdient hat.

Das sich eingestellte Gefühl von Freude und ehrlich gemeintem Gönnen, wich nach kurzer Zeit jedoch deutlich einer aufkommenden Wut und Anflügen von Empörung. Führte doch der Zeitungsartikel neben neu installierten technischen Errungenschaften auch an, dass unter anderem der Brandschutz auf den neuesten Stand gebracht worden sei. So konnte ich nachlesen, dass den Schüler\*innen und Lehrer\*innen zukünftig ein zweiter Rettungsweg über zwei Außentreppen möglich sein wird. Besonders diesen Satz musste ich mehrfach lesen, bis mir die Inhaltsgewalt vollends klar geworden war. Kurz gesagt: Als noch die Schüler\*innen und Lehrer\*innen der Förderschule in diesem Gebäude lernten und (zumindest vormittags) auch lebten, bestand kein zweiter Rettungsweg und

im Falle eines sich schnell ausbreitenden Brandes im zentral gelegenen Atrium wären Erstgenannte im schlimmsten Falle draufgegangen!

Diese Vorstellung lässt mich noch nachträglich erschauern und macht traurig, hilflos und wütend zugleich. Wären nicht diese zwei Außentreppen auch ein Mindestmaß an Renovierung gewesen, das damals noch die Schüler\*innen und Lehrer\*innen dieser ehemaligen Schule hätten erwarten dürfen? Hinsichtlich unumgehbarer Sicherheitsaspekte nicht so brisant, aber auch von elementarem Bedürfnischarakter wäre sicherlich auch damals schon die Sanierung der Heizungsanlage gewesen. So erinnere ich mich noch gut an Unterrichtsstunden in Wollpullover und Daunenjacke in der kälteren Jahreszeit, als auch an „Hitzefrei“ im Frühsommer, bei +22 Grad Celsius Außentemperatur und +35 Grad Celsius in den Klassenräumen aufgrund eines Funktionsengpasses der Heizungsanlage, der für ein saunaähnliches Lernklima sorgte. Gegen die Forderung zur Beachtung erwähnter Grundbedürfnisse erscheint die Ausstattung jedes Klassenraumes mit Whiteboard und Wlan für die damals betroffenen Lernenden und Lehrenden nahezu zynisch.

Was bleibt ist ein bitterer Nachgeschmack! Leider! Denn das Arbeiten mit den vielen verschiedenen charmanten, freundlichen, witzigen und manchmal auch herausfordernden Schüler\*innen und vielen lieben, kompetenten und hilfsbereiten Kolleg\*innen hat mir stets große Freude und Erfüllung bereitet und es steht sicherlich außer Frage, dass sich damals auch meine Schüler\*innen ein offenes Kunstatelier, flexibel einsetzbares Mobiliar, eine bessere elektronische Ausstattung und einen Schülerarbeitsraum mit einem Sofa und Sesseln zum Chillen gewünscht hätten.

Christina Tönges

## Wanted- not dead but alive

Im Gegensatz zu dem auch von mir in dieser Ausgabe verfassten Artikel: „Die „Sonder“schule an der Turfstraße: ein Nachruf“ soll es in den folgenden Zeilen nicht um einen Nachruf gehen, sondern um einen Aufruf an all diejenigen, denen die Zukunft der Förderschulen in Gelsenkirchen nicht egal ist.

## Lasst uns gemeinsam noch mal einen Versuch wagen, den sonderpädagogisch Beschäftigten in Gelsenkirchen wieder ein gemeinsames Gesicht und auch eine Stimme zu geben!

In zuvor erwähntem Artikel stellte ich deutlich heraus, dass es in der ehemaligen Schlossparkschule Horst, einer Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und Soziale Entwicklung, neben dem Vorhandensein von elementarer Ausstattung wie ausreichendem Brandschutz und einer funktionierenden Heizungsanlage auch an einer

positives Lernklima begünstigenden medialen Ausrüstung mangelte. Nun lässt sich sicherlich korrekter Weise, wie auch von mir ausgeführt erwähnt, dass es doch äußerst positiv zu sehen ist, dass nun die Räumlichkeiten an der Turfstraße endlich generalüberholt und großzügig nachgerüstet werden. Dem pflichte ich voll bei, doch gleichzeitig drängt sich mir eine andere zukunftsweisende Frage auf: Was ist mit den Förderschulen in Gelsenkirchen, die noch existieren? Wie ist es um deren Ausstattung bestellt? Um diese Frage vollständig schlussendlich beantworten zu können, fehlen mir tatsächlich noch intensivere visuelle Eindrücke aller noch existierenden Förderschulen. Doch kann ich diese Frage mit Sicherheit in Teilen vor dem Hintergrund der von mir erhaltenen Eindrücke an meiner aktuellen Schule, der Albert- Schweitzer-Schule, eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, beantworten. Dort werden zwar immer wieder bauliche Sanierungen durchgeführt, doch besteht in vielen Bereichen noch immer akuter Handlungsbedarf. Neben einer verglichen mit anderen Schulen sparsamen medialen Ausstattung der Klassenräume und dem Vorhandensein von größtenteils sehr unflexiblen Klassenraummöbeln erlebe ich besonders auch den Aspekt von räumlicher Enge in den Klassenräumen als belastend für Schüler\*innen und Lehrpersonal gleichermaßen. Zuletzt angesprochenes Problem lässt sich sicherlich nicht ohne größeren Aufwand und Veränderungen lösen, es muss jedoch bei weiter steigenden Schüler\*innenzahlen im Auge behalten werden.

## Kommt zu einem ersten Treffen von Sonderpädagog\*innen, die wieder Lust haben, Prozesse aktiv mit zu diskutieren und im Rahmen des Möglichen auch mitzugestalten.

Erzählungen von Kolleg\*innen anderer Förderschulformen in Gelsenkirchen folgend, dürften zuvor aufgezählte alltägliche Berufssituationen in den Schulen jedoch nahezu jedem/ jeder in der ein oder anderen Form bekannt vorkommen. Es schleicht sich vielleicht sogar auch der Eindruck ein, dass an manch weisender Stelle sowieso erstmal abgewartet wird, wie es politisch mit den Förderschulen weitergeht und es sich deshalb vielleicht auch nicht so richtig lohnt größere finanzielle Initiativen zu ergreifen. Ist so eine Aussage ein Versuch einer dreisten Behauptung meinerseits, oder doch unübersehbare auf Fakten beruhende Realität? Eine Einordnung der getroffenen Aussagen überlasse ich dem Leser.

## Als Initiatorin würde ich mich sehr freuen, Euch zahlreich an folgendem Termin anzutreffen:

Was ich jedoch nicht sich selbst überlassen möchte ist die weitere Entwicklung der Förderschulen und die Ausgestaltung der Ausübung sonderpädagogischer Berufe hier bei uns in Gelsenkirchen. Ich wünschte mir wieder ins Gespräch zu kommen, mit jungen, genauso aber auch mit erfahrenen engagierten Kolleg\*innen unserer Stadt, über aktuelle schulische

Bedingungen und Belange, sowie über die Arbeitsrealität vor Ort an den Förderschulen und an Schulen des Gemeinsamen Lernens.

**Donnerstag, 07.02.2019  
um 17.00 Uhr**

**im GEW Geschäftsstelle Gelsenkirchen  
(Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen)**

Frei nach dem Motto: „Es gibt nichts Gutes außer man tut es!“ möchte ich mit Euch an diesem Tag einen Versuch wagen, Perspektiven für eine Weiterarbeit in der sich ergebenden Gruppenkonstellation zu entwerfen. Denn wir wissen, welche Themen und schulischen Arbeitsrealitäten uns bewegen. Ich zähle auf Euch am 7. Februar!

Herzliche gewerkschaftliche  
Grüße sendet Euch  
Christina Tönges



**Bildung. Weiter denken!**  
Für gute Arbeit und gute Bildung in Schulen

**GEW**

**Gute Schule nur mit gesunden  
Lehrerinnen und Lehrern**



- Für eine Reduzierung der Arbeitsbelastung
- Für kleinere Klassen und Lerngruppen
- Für besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz

www.gew.de-sh.de

## Chaos an deutschen Schulen

# Eine Lehrerin schlägt Alarm: "Ich komme mit den Kindern nicht mehr zum Lernen"



"Mich wundert der hohe Krankenstand unter Lehrern bei all diesem Druck überhaupt nicht", sagt eine Lehrerin im Gespräch mit FOCUS Online.

**Inklusion, Migration und immer öfter verhaltensauffällige Kinder. Dazu viel zu große Klassen und bürokratischer Papierkrieg. Vor allem Grundschullehrer ächzen unter der Last ihrer Aufgaben und fühlen sich von Staat und Gesellschaft alleingelassen. Eine von ihnen berichtet aus dem Klassenzimmer.**

Traumberuf Lehrer – denn morgens hat er recht und nachmittags frei! Ein Klischee, das immer wieder gerne bedient wird. Doch die Realität sieht meist ganz anders aus. Vor allem an Grundschulen unterrichten viel zu wenige Lehrer in **viel zu großen Klassen**.

Gleichzeitig müssen sie mit steigenden Anforderungen wie der Inklusion von Behinderten, der Integration von oft traumatisierten Flüchtlingskindern und der steigenden Zahl verhaltensauffälliger Kinder fertigwerden.

„Wie viel Zusatzarbeit sollen Lehrerinnen und Lehrer angesichts der eh schon enorm gestiegenen Anforderungen denn noch leisten?“, fragt sich deshalb Simone Fleischmann, Präsidentin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (BLLV), in einem offenen Brief an die Mitglieder ihrer Organisation.

„Irgendwie wird’s schon noch gehen – das ist das Motto bei vielen Reformen und neuen Aufgaben“, schreibt sie weiter. Damit spricht sie einer ihrer Kolleginnen aus tiefster Seele. FOCUS Online hat sie aus ihrem Schulalltag erzählt. Um wirklich offen sprechen zu können und um die Persönlichkeitsrechte ihrer Schüler und deren Eltern zu schützen, möchte sie allerdings anonym bleiben.

### Die Grundschullehrerin berichtet:

Ich bin Anfang 40, seit mehr als 17 Jahren Grundschullehrerin in Bayern, davon zwei Jahre im Referendariat und zwei Jahre in Elternzeit. Ich habe zwei noch relativ kleine Kinder. Deswegen arbeite ich derzeit in Teilzeit mit 20 Wochenstunden – übrigens zählen zu diesen 20 Stunden nur die, in denen ich vor der Klasse stehe, nicht die, in denen ich den Unterricht vorbereite und korrigiere. Viele vergessen gerne, dass Lehrer am Nachmittag keinesfalls frei haben.

Ich unterrichte eine Klasse mit 26 Kindern. Wobei von „unterrichten“ kaum die Rede sein kann. Ich fühle mich derzeit mehr als Sozialarbeiterin denn als Lehrerin. Denn meine Hauptenergie fließt weniger ins Unterrichten. Ich brauche sie meist dafür, die Kinder so zu erziehen, dass ich sie überhaupt unterrichten kann.

Von den 26 Kindern ist nämlich etwa die Hälfte „verhaltensoriginell“, wie das euphemistisch und politisch korrekt mittlerweile gerne genannt wird – oder zeigt in anderer Form psychische Auffälligkeiten oder problematisches Verhalten. Dazu zähle ich nicht einmal Lernschwierigkeiten oder Minderbegabungen. Meinen Kollegen und mir fällt vielmehr immer öfter auf, dass viele Kinder in ihrem **sozialen und psychischen Verhalten** völlig unterentwickelt in die Schulzeit starten.

### Viele sind in der Trotzphase eines Kleinkindes stehengeblieben

Sie wollen ihre Bedürfnisse sofort erfüllt sehen, haben kaum Geduld und eine geringe Frustrationstoleranz. Sie nehmen nur sich selbst wahr und merken gar nicht, wenn sie andere stören, anrempeln, zutexten. Sie sind unselbstständig, können nicht auf ihre Sachen aufpassen, verlegen oder verlieren sie ständig.

Viele Kinder sind nicht einmal in der Lage, ihr Heft herauszuholen, wenn ich sie dazu auffordere. Sie können sich kaum konzentrieren, nicht einmal zuhören, geschweige denn, das Gehörte umsetzen. Es ist also sehr schwer, sie überhaupt zu erreichen und ihnen etwas beizubringen. Das alles hat übrigens nicht zwangsläufig etwas mit Intelligenz zu tun - ich habe viele hochbegabte Kinder, die im Schulalltag dennoch scheitern.

### Etliche Schüler sind auch ständig müde

Als ein Junge im Unterricht eingeschlafen ist, hat er mir erzählt, dass seine Eltern im Schichtdienst arbeiten. In der Nacht zuvor waren beide nicht zuhause – er konnte nicht einschlafen, „obwohl“ er Fernsehen geschaut und mit Smartphone und Computer gespielt hat, wie er mir treuherzig erzählt hat. In vielen Familien sind beide Eltern berufstätig, der Familienalltag dadurch unbeständig bis chaotisch. Den

Kindern fehlt es an festen Strukturen und Bezugspersonen, die ihnen Sicherheit geben, damit sie zur Ruhe kommen und sich erholen können.

Ich habe wirklich Verständnis dafür, dass in vielen Familien das Geld nur reicht, wenn beide Elternteile arbeiten gehen. Die Lösung kann aber doch nicht sein, seine Kinder entweder ständig mit Medien ruhigzustellen oder in den Hort wegzuzorganisieren – zumal auch Eltern, die gar nicht arbeiten, ihre Kinder ständig abschieben.

Als ich mal im Sommer in der Klasse gefragt habe, wer bei Hitzefrei und vorzeitigem Schulschluss problemlos nach Hause gehen könnte, haben sich sechs meiner acht Ganztageschüler gemeldet.

### Ich gebe den Kindern mein eigenes Essen ab

Das sind übrigens oft auch die Kinder, deren Eltern zwar den ganzen Tag zuhause sind, die aber trotzdem meist ohne Frühstück, ohne Pausenbrot, sogar ohne etwas zu trinken in die Schule geschickt werden. Oft gebe ich dann mein eigenes Brot ab, außerdem habe ich auch immer etliche Flaschen Wasser für alle parat.

Aus den Schülerakten weiß ich, dass diese Kinder meist aus sozial schwachen Familien kommen, in denen das Geld vorne und hinten nicht reicht. Vielen dieser Kinder werden aber gleichzeitig oft drei Euro für den Schulbäcker in die Hand gedrückt, statt ihnen ein (zudem gesundes) Pausenbrot selbst zu schmieren. Wenn ich das sehe, kriege ich eine saumäßige Wut! Ich stehe ja auch um halb 6 auf, um meinen beiden Kindern Brote zu schmieren, viele andere Eltern auch, warum kriegen andere das nicht hin?

Kinder, die von ihren Eltern vernachlässigt werden, **den Unterricht** durch unangemessenes Verhalten stören oder anderweitig als „schwierig“ gelten, gibt es natürlich schon immer. Früher kamen diese Kinder aber meist aus sozial schwachen Milieus. Heute scheinen psychische Auffälligkeiten auch in gut situierten Familien angekommen zu sein.

Wenn ich so darüber nachdenke, habe ich wirklich kaum Kinder, die nicht Probleme mit in die Schule bringen, die durch Elternhaus und Erziehung entstanden sind. Ein Junge kommt beispielsweise aus gut situiertem Hause, hat sehr bemühte Eltern, ist dadurch aber auch derart verhätschelt, dass er nichts alleine auf die Reihe kriegt.

### Viele Eltern sind unsicher, was die Erziehung betrifft

Sie verlassen sich nicht mehr auf ihre Intuition und den gesunden Menschenverstand. Sie überbehüten ihre Kinder, lassen sie beispielsweise nicht alleine den Schulweg bestreiten. Wie soll ein Kind da selbstständig werden?

Besonders absurd ist es dann, wenn genau diese Kinder schon in der Grundschule ein Smartphone bekommen, um jederzeit erreichbar zu sein, die Eltern dann aber überhaupt nicht kontrollieren, auf welchen Seiten sie surfen oder ob sie mit Fremden chatten. Oder total empört zu mir kommen und verlangen, dass ich dafür Sorge, dass sich die Mitschüler nicht gegenseitig via **WhatsApp** mobben.

Überhaupt scheinen viele Eltern vergessen zu haben, dass es eigentlich ihr Job ist, ihre Kinder zu erziehen, nicht meiner. Etliche sehen in Kindergarten und Schule einen Dienstleister und schieben die Verantwortung für die Erziehung auf uns ab. Wenn ihr Kind beispielsweise in der Schule ständig stört, ist das mein Problem, nicht theirs. Wenn es in der Schule unkonzentriert ist und deshalb daheim den ganzen Nachmittag vor seinen Hausaufgaben sitzt, gebe ich zu viel auf. Sie lassen ihrem Unmut dann auch schnell freien Lauf, anstatt gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

### Positives Verhalten materiell belohnen?

Apropos konstruktives Verhalten: Viele Eltern erziehen ihre Kinder heute, indem sie ihnen bei gutem Benehmen eine Belohnung in Aussicht stellen. Prinzipiell finde ich es richtig, positives Verhalten zu bestärken – aber das sollte nicht mit blankem Materialismus einhergehen. Kinder positiv zu bestärken heißt für mich, sie auf ihrem Lebensweg zu begleiten, Anteil zu nehmen, einfach für sie da zu sein.

Doch oft mangelt es Eltern schlicht an der Zeit dafür. Das ist es überhaupt, wovon Familien und Kinder viel zu wenig haben: Zeit! Unsere Abläufe sind derart verdichtet; dass Kinder ständig in viel zu knappe Taktungen gepresst werden, dabei haben sie ein ganz anderes Zeitgefühl, als wir. Wenn sie sich aber dem Zeitverständnis der Erwachsenen nicht sofort unterordnen, nicht sofort funktionieren, wird das wiederum sofort sanktioniert – das finde ich furchtbar!

Kinder heute haben viel zu wenig Zeit zum Spielen, viel zu wenig Zeit, um sich frei zu entfalten! Wenn wir einmal monatlich mit der Waldpädagogin, die wir zum Glück an meiner Schule haben, einen Ausflug machen, spielen die Kinder wunderbar zusammen, zeigen Sozialkompetenz!

### Ungeeignete Lehrpläne

Dass viele Kinder Probleme mit dem Schulsystem haben, liegt meiner Meinung nach auch daran, dass wir ihnen viel zu wenig Zeit und Ruhe zugestehen und sie stattdessen in von Erwachsenen vorgegebene und an unser Leben angepasste Schemata pressen. Auch der Lehrplan beruht auf den Ansprüchen der späteren Arbeitswelt, nicht auf denen der Kinder. Er ist so vollgestopft mit Lehrinhalten, dass die Kinder überhaupt nicht die Möglichkeit haben, eigene Interessen zu entdecken und selbstständig zu arbeiten.

Gleichzeitig zielt er auf Schlüsselkompetenzen wie Selbsteinschätzung, Selbstreflexion oder Selbstorganisation ab. Viele bringen dafür allerdings wie gesagt die Grundbedingungen wie Geduld, Konzentrationsfähigkeit oder das Vermögen, zuzuhören, gar nicht mit. Etliche haben eine ganz vereinfachte Sprache, sollen sich in der ersten Klasse aber ständig selbst reflektieren oder in Partnergesprächen ihre Mitschüler beurteilen. Da kann ich nur wieder meine Medienkritik üben und sagen: Sprechen lernt man eben nicht nur vor dem Fernseher.

Was die Voraussetzungen betrifft, die uns das Kultusministerium beschert, kann ich nur sagen, dass die Klassen an den Grundschulen viel zu groß sind. Gleichzeitig gibt es viel zu viele Kinder mit viel zu unterschiedlichen Bedürfnissen – und das

sage ich, obwohl ich keine ausgewiesene Inklusionsklasse und auch keine „Problemklasse“ habe. Ich habe beispielsweise keine Kinder, die massiv Regelverstöße betreiben und den Rest der Klasse aufwiegeln.

Dennoch habe ich wie gesagt ein hochbegabtes Kind, das außerdem ADHS hat, ein Kind mit frühkindlichem Mutismus, das manchmal wochenlang nicht spricht, und ein Flüchtlingskind. Wären es 16, könnte ich allen gerecht werden. Oder wenn wir in einer so großen Klasse standardmäßig zu zweit wären, dann wäre es ebenfalls machbar.

### Aber momentan habe ich das Gefühl, sie alle zu vernachlässigen

Einzelne zu vernachlässigen, obwohl ich eigentlich jedes Kind individuell fördern soll, das ist dem bayerischen Schulsystem übrigens immanent. Uns werden ständig neue Aufgaben aufgedrückt, ohne dass die finanziellen und personellen Ressourcen aufgestockt werden. Da denken sich Leute oben im Ministerium, die schon lange kein Klassenzimmer mehr von innen gesehen haben, innovative Programme aus, um sich damit zu schmücken – und wir müssen das dann an der Basis umsetzen.

Ein Beispiel ist die Inklusion behinderter Kinder in die Regelschule, die durch die Menschenrechtscharta mittlerweile vorgeschrieben ist. Wie praktisch für das Kultusministerium! Das klingt schick, modern, gleichberechtigt. Gleichzeitig ist es ein wunderbarer Deckmantel für ein Sparprogramm. Denn eine spezielle Förderschule oder ein zusätzlicher Lehrer für jede Klasse, das ist viel teurer.

Wenn allerdings wirklich alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und anderen Startbedingungen gleichermaßen gefördert werden sollen, muss Geld in die Hand genommen werden. So bleiben alle Kinder, auch die nicht-behinderten, in ihren individuellen Bedürfnissen wieder auf der Strecke. Dasselbe gilt übrigens für die Integration von Flüchtlingskindern.

Wie soll ich mich ausreichend um ein Kind kümmern, das meist noch kaum Deutsch spricht, vielleicht sogar traumatisiert ist? Und dann oft schnell wieder aus meiner Klasse verschwindet, weil die Familie schon wieder umziehen muss? Wie soll ich ein Kind da in unsere Gemeinschaft integrieren?

### Uns werden also ständig neue Aufgaben aufgebürdet

Dadurch ufert auch die Bürokratie immer weiter aus. Wir müssen mittlerweile jeden unserer Schritte haarklein dokumentieren. Wenn ein Kind Probleme hat, kann ich zwar den mobilen sozialpädagogischen Dienst hinzuziehen und mit ihm einen detaillierten Förderplan entwerfen. Die Anträge dafür sind allerdings ein einziger Papierkrieg – und der zusätzliche Aufwand geht dann wieder von der Unterrichtsvorbereitung für den Rest der Klasse ab.

Bei schwerwiegenden Problemen, etwa dem Verdacht der Vernachlässigung, kann ich zwar das Jugendamt einschalten, aber auch das ist mit großen bürokratischen Hürden verbunden. Die Eltern müssen mich beispielsweise von meiner

Schweigepflicht entbinden, was aber die wenigsten tun, sie haben ja meist tatsächlich einen Missstand zu verbergen.

Überhaupt wurde dem Elternwillen in den letzten Jahren viel zu viel Raum gegeben. Wenn ich beispielsweise der Meinung bin, dass ein Kind auf die Förderschule sollte, wo es im Übrigen in viel kleineren Klassen individuell auch besser gefördert werden könnte, wenn auch der sozialpädagogische Dienst und im Zweifel sogar ein Kinderpsychologe meine Empfehlung unterstützen, können Eltern das trotzdem einfach ablehnen. Dass meine Fachkompetenz dann einfach vom Tisch gewischt wird, das ist extrem frustrierend.

Von dem regelrechten Zeugnisterror, vor allem dem vor dem Übertritt in der vierten Klasse in die weiterführende Schule, will ich gar nicht erst anfangen. Ich kenne Kollegen, die freiwillig gar keine dritte und vierte Klasse mehr übernehmen wollen, denn der Druck der Eltern, ihr Kind wenigstens auf die Realschule schicken zu können, ist riesig.

Ich kann das übrigens verstehen, sie haben Panik, dass ihr Kind später keinen vernünftigen Beruf ergreifen kann ohne einen einigermaßen qualifizierten Abschluss. Seit Jahren fordern viele Lehrer auch deshalb, Kinder auch in der Mittelstufe weiter gemeinsam lernen zu lassen, was übrigens auch viel integrativer wäre – aber ohne Erfolg.

### Ein neues System umzusetzen würde ja wieder Geld kosten!

Mich wundert der hohe Krankenstand unter Lehrern bei all diesem Druck überhaupt nicht, wir wandeln alle immer nahe des Burn-outs. Trotzdem kann ich mir keinen anderen Beruf vorstellen, denn ich bin trotz allem gerne Lehrerin. Natürlich machen etliche Eltern auch vieles richtig und schicken mir Kinder in die Schule, bei denen es eine Freude ist, sie unterrichten zu dürfen.

Überhaupt denke ich bei aller Kritik, die ich übe, immer an die Kinder, die ja gar nichts für die ganzen Misereen im Erziehungs- und Bildungssystem können. Ich mag Kinder sehr, möchte ihnen etwas beibringen, sie auf das Leben vorbereiten – und genau deshalb wäre es schön, wenn Staat und Eltern meine Kollegen und mich dabei mehr unterstützen würden.

Quelle: FOCUS Online 07.03.2017

#### Impressum

**Herausgeber:** GEW-Stadtverband Gelsenkirchen  
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

**Redaktion:** GEW-Fachgruppe Grundschule  
Verantwortlich i.S.d.P. Lothar Jacksteit  
Druck: Firma Blömeke SRS GmbH  
Layout: Christine Steinchen  
Auflage: 3600 Exemplare

## Geld für Kitas

10.10.2018 - 2019 und 2020 sollen insgesamt 390,7 Millionen Euro in die Kindertagesbetreuung fließen. Dies sieht das "Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz" (Drs. 17/3773) der Landesregierung vor. Der Landtag hat den Entwurf nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen. Mit dem Kita-Träger-Rettungsprogramm habe man einen "deutlichen ersten Schritt zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt", heißt es im Gesetzentwurf. Allerdings ende die darin vereinbarte finanzielle Unterstützung durch das Land mit Ablauf des Kindergartenjahres 2018/2019. Der Prozess, um eine "verlässliche, dauerhaft auskömmliche und zukunftsfähige Ausgestaltung der Finanzierung der gesamten Kindertagesbetreuung" zu erreichen, werde dann aber noch nicht abgeschlossen sein. Die finanzielle Neustrukturierung solle vom Kindergartenjahr 2020/2021 an erfolgen. Deshalb sei eine Übergangsfinanzierung erforderlich. Die Kommunen sollen sich mit rund 40 Millionen Euro beteiligen.

## Lehrerbesoldung

10.10.2018 - Die SPD-Fraktion fordert Änderungen bei den Gehältern von Lehrerinnen und Lehrern. Den entsprechenden Gesetzentwurf ("Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit - Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung", Drs. 17/3812) hat das Plenum zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. "Mit dem 2009 in Kraft getretenen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen nun alle Lehramtsanwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung", heißt es in dem Gesetzentwurf. Dies sei Ausgangspunkt "für die berechtigte Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform".

Quelle:  
Plenarmeldungen  
Landtag intern, 49. Jahrgang, Ausgabe 9 vom 16.10.2018, S. 4

## Äußerung des DGB zum Etatentwurf der Landesregierung NRW

### "Investitionslücke"

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wies auf eine "in NRW vorhandene riesige Investitionslücke bei der öffentlichen Infrastruktur" und eine "Finanzierungslücke beim Personal" hin. Um sie zu stopfen, bedürfe es "größerer Anstrengungen", als von der Landesregierung vorgesehen. Auch der DGB wies auf die Situation der Kommunen hin. Sie bräuchten "dringend Unterstützung, um wieder finanziell handlungsfähig zu werden". Beim Personal bestehe ebenfalls "erheblicher Aufholbedarf", die Sparpotenziale seien "ausgereizt".

Quelle:

Haushalt 2019 im Blickpunkt. Sachverständige äußern sich zum Etatentwurf der Landesregierung, Titelthema / Schwerpunkt; Landtag intern, 49. Jahrgang, Ausgabe 9 vom 16.10.2018, S. 7

## Diesmal



## Lehrer, Rechner, Schülerdaten

### Sachverständige zur digitalen Ausstattung von Pädagogen

**5. September 2018 - Brauchen Lehrerinnen und Lehrer Dienstcomputer? Mit dieser Frage haben sich die Ausschüsse für Schule und Weiterbildung sowie für Digitalisierung und Innovation befasst. In einer gemeinsamen Anhörung der beiden Fachausschüsse äußerten sich Sachverständige zum Thema.**

Im Mittelpunkt stand ein Antrag der SPD-Fraktion: "Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen" (Drs. 17/2560). Seit Januar 2018 liege eine Dienstanweisung des Ministeriums für Schule und Bildung für die automatisierte Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Schule vor, heißt es in dem Antrag: "Diese sichert die Position des Landes in Bezug auf die EU-Datenschutz-Grundverordnung und schiebt damit die Verantwortung an die Schulen, in diesem Fall an die Schulleitungen." Es könne aber "auf Dauer nicht angehen", dass Lehrkräfte auf private Rechner angewiesen seien, um Schülerdaten zu verarbeiten, und dafür eine Richtlinie unterzeichnen müssten. Die nötige IT-Ausstattung müsse Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung gestellt werden. Erforderlich sei zudem eine Plattform, "damit sie die sensiblen Schülerinnen- und Schülerdaten auch sicher weiterverarbeiten können".

Die kommunalen Spitzenverbände boten ihre Unterstützung bei der Erarbeitung eines Konzepts an, wiesen aber darauf hin: Für die informationstechnische Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern seien die Schulträger nach

derzeitiger Rechtslage nicht zuständig. Viele Schulen hätten feste Bildschirmarbeitsplätze fürs Lehrpersonal eingerichtet: "In der Regel ist ein solcher Arbeitsplatz für mehrere Lehrkräfte ausreichend." Bei der Nutzung privater Endgeräte sei bereits in der Vergangenheit eine Genehmigung der Schulleitung erforderlich gewesen. Es sei lediglich ein Formular hinzugekommen: "Die darin enthaltenen Vorgaben erscheinen aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände nicht unzumutbar."

Der Verband "Lehrer nrw" ist anderer Ansicht. Es sei "dringend notwendig, den Lehrkräften für ihre Arbeit Computer, Tablets oder andere Endgeräte zur Verfügung zu stellen, die ausschließlich dienstlich genutzt werden", und ein "Gebot der Selbstverständlichkeit, dass sich die Schulträger an den Kosten für die digitale Ausstattung beteiligen". Ähnlich äußerte sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Dass Lehrkräfte "auf ihre privaten Endgeräte zurückgreifen und darüber hinaus Genehmigungen unterzeichnen müssen, um ihren Beruf überhaupt ausüben zu können", sei nicht hinnehmbar. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hielt die im Antrag genannten Forderungen für "längst überfällig".

Landesregierungen könnten spätestens seit Einführung der EU-Datenschutz-Grundverordnung nicht voraussetzen, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre privaten Geräte für dienstliche Zwecke einsetzen. Auch die geforderten Schutzvorkehrungen seien aufgrund unterschiedlicher IT-Kenntnisse "nicht generell einforderbar". Fazit des VBE: Die Bereitstellung dienstlicher Endgeräte sei "zwingend erforderlich, damit Lehrkräfte ihren dienstlichen Verpflichtungen nachkommen können".

"Ein Gerät für beide Aufgaben"

Lehrerinnen und Lehrer bräuchten digitale Technik im Unterricht und zur Verarbeitung personenbezogener Daten, so die "Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft" in ihrer Stellungnahme. Die Ausstattung, die dafür zur Verfügung gestellt werde, sei nicht ausreichend: "Eine zukünftige Ausstattungskonzeption muss es Lehrkräften erlauben, mit einem einzigen Gerät beide Aufgaben zu erledigen." Eine Ausstattung mit Dienstgeräten sei "grundsätzlich zu befürworten". Erforderlich seien zudem IT-Fachkräfte in den Schulen.

Detlef Schubert, Referent für Medienbildung der Bezirksregierung Detmold, berichtete über das Projekt "Lernstatt 2020" der Stadt Paderborn. Jedem Lehrer der teilnehmenden Schulen stehe für die pädagogische Arbeit ein personalisiertes Tablet zur Verfügung. Zur Verarbeitung personenbezogener Daten müssten sie jedoch Arbeitsplätze in der Verwaltung nutzen. "Pädagogische und verwaltungstechnische Aufgaben sollten nur mit einem Gerät erledigt werden", so Schubert. Er empfahl die Einrichtung von Arbeitskreisen, "in denen Vertreter der Schulverwaltung, Techniker, Pädagogen und der Datenschutzbeauftragte gemeinsam an einem Tisch sitzen".

Es reiche nicht, Dienstgeräte zur Verfügung zu stellen, befand Dr. Andreas Engel (Stadt Köln, Amt für Informationsverarbeitung). Erforderlich sei zudem ein "integriertes Betriebs- und Supportmodell".

Titelthema / Schwerpunkt;  
Landtag intern, 49. Jahrgang,  
Ausgabe 8 vom 25.09.2018, S. 7  
Foto: Steinchen

## Gemeinwohl in der digitalen Gesellschaft

Quelle: einblick 6/2018

**In smarten Städten soll alles einfacher werden – so versprechen es Unternehmen und Politik. Doch die Debatte, wie die digitale Zukunft unserer Infrastrukturen und öffentlichen Dienste aussehen soll, läuft an den BürgerInnen und Beschäftigten vorbei. Höchste Zeit über das Gemeinwohl im digitalen Zeitalter zu sprechen, fordert ver.di-Expertin Annette Mühlberg.**

Digitale Technologie kann private wie öffentliche Dienstleistungen unterstützen und besser machen. Doch die Debatte, wie der digitale Ausbau aussehen soll, wird vor allem von denjenigen geprägt, die finanziell von einer Digitalisierung der Infrastruktur profitieren. Plattformen, soziale Netzwerke, Suchmaschinen und Clouddienste privater Anbieter sind zum Fundament unserer digitalen Welt geworden. Die Datenkonzerne machen teils Milliardenprofite mit den Daten der NutzerInnen. In der Verantwortung für öffentliche Belange sehen sie sich in der Regel nicht. Der digitale Kapitalismus braucht deshalb dringend eine neue Ausrichtung.

Technik und Software, die von Millionen von Menschen weltweit genutzt wird, muss dem Gemeinwohl dienen. Dies gilt neben Plattformen und Netzwerken vor allem beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Viele Politikerinnen und Politiker feiern die digitalen Vorzüge von Smart Cities. Die Vision hinter diesem Trendthema: Von der Müllabfuhr bis zu den öffentlichen Nahverkehrsmitteln wird in der smarten Stadt alles vernetzt. Die öffentliche Hand soll Geld sparen und die BürgerInnen werden im Alltag entlastet. Die Unternehmen, die die entsprechenden Technologien bereitstellen wittern ihre Chance auf riesige Gewinne beim Ausbau der Städte und Gemeinden.

Microsoft-Gründer Bill Gates hat zum Beispiel angekündigt, gleich eine ganze Stadt, eine „Smart City“ in der Wüste von Arizona zu errichten. Dort sollen „digitale High-Speed-Netzwerke“ die Dinge des alltäglichen Lebens zentral steuern – Stadtreinigung, öffentlichen Nahverkehr, Verkehrsleitsysteme und Co. „Stadtluft macht frei“, heißt ein Sprichwort. Doch damit ist es vorbei wenn „Smart Cities“ nach den Interessen von Technologie-Konzernen geformt werden. Wir müssen uns

### Der digitale Kapitalismus braucht dringend eine neue Ausrichtung.

vor Quasi-Privatisierungen in Acht nehmen. In Toronto (Kanada) ist gerade die Gestaltung eines ganzen Stadtviertels an die Google-Tochter „Sidewalk Labs“ übertragen worden. Angesichts der ungeheuren Finanzkraft, müssen wir uns vor der Möglichkeit eines Ausverkaufs schützen.

Aber auch andere Szenarien sind bedrohlich. Die chinesische Regierung hat für die gesamte Bevölkerung ein System von Social Scoring eingeführt. Dort soll jede/r BürgerIn bis 2020 in einem elektronischen Verzeichnis erfasst sein, per Punktesystem wird ihr/ sein Sozialverhalten eingestuft. Das sogenannte Social Credit System führt die Bewertung vieler Aspekte des alltäglichen Lebens zusammen. Punkte, die dann über das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen von Mietverträgen entscheiden können, von Krediten, Krankenversicherungen und Arbeitsverhältnissen. Ein solches Leben nach Scoring Punkten ist das Ende der Freiheit.

Uns sollte das eine Warnung sein, denn auch ein deutsches „personalisiertes Bürgerkonto“, das jetzt in Arbeit

ist, kann schnell vom „Konto“ zu einer „Bürgerakte werden. Hier gilt es, wachsam zu bleiben und strukturelle Maßnahmen zu ergreifen.

### Technik und Software, die von Millionen von Menschen weltweit genutzt wird, muss dem Gemeinwohl dienen.

Aus diesem Grund brauchen wir dringend eine Vision unseres Gemeinwesens, die nicht auf den Interessen der Anbieter technischer Produkte und Verfahren beruht. Die Bedürfnisse der Menschen, als BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen müssen hier im Zentrum stehen. Wenn wir Ausverkauf und Überwachung etwas entgegensetzen wollen, bedeutet das, dass unser Öffentlicher Dienst mit entsprechendem qualifiziertem Personal ausgestattet sein muss.

Dazu gehört zudem, dass wir in Beruf und Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass uns die Entscheidungshoheit nicht entgleitet und dass Prozesse mitbestimmbar und mitgestaltbar sind. Zum einen geht es also bei der Entscheidungshoheit um die Frage des Eigentums – wo der Erhalt öffentlicher Infrastrukturen und Einrichtungen, als auch alternative Ansätze wie Genossenschaften, von zunehmender Relevanz sein werden. Zum anderen wird in Zeiten von Big Data und Künstlicher Intelligenz die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von automatisierten Entscheidungsprozessen immer wichtiger. Sie ist die Voraussetzung für die Mitbestimmbarkeit und Mitgestaltbarkeit. Eine „Black-Box“ kann man weder demokratisch kontrollieren, noch auf sicherheitsrelevante Abläufe prüfen. Wer steuert wen? Und, wie können sich Geschäftsmodelle und (IT-) Infrastrukturen am Gemeinwohl orientieren? Betriebsräte, Personalräte und die Gewerkschaften stehen für eine konstruktive Debatte bereit.

Annette Mühlberg,

ist Leiterin der Projektgruppe Digitalisierung, Bereich Politik und Planung: Digitale Arbeit, Netzpolitik, eGovernment bei der ver.di-Bundesverwaltung

### SmartCity in der Praxis

Die nordspanische Stadt Santander gilt als europäisches Paradebeispiel einer SmartCity, die am weitesten bei der Nutzung digitaler Technologien ist. Seit 2010 sind in der Stadt rund 20 000 Sensoren in Busse, Mülltonnen, im Rasen und in den Straßen eingesetzt worden. Über Antennenkästen werden die Datenströme ins Rechenzentrum gefunkt. Das Ziel: Der Müll soll nur noch abgeholt werden, wenn die Tonne voll ist, Verkehrsströme sollen gelenkt und Parks automatisch bewässert werden – so stand es schon in vielen Zeitungen. „So super, wie die Berichte es vermuten ließen, läuft es nicht“, gibt sich DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell nach einem Besuch vor Ort überrascht. Die Müllentsorgung fährt trotz Sensoren nach wie vor die alten Routen, erfuhr er von KollegInnen der spanischen Gewerkschaft UGT. Der Straßenverkehr läuft weitgehend un gelenkt. Wenn man die Ampelschaltung koordinieren wolle, greife man wie gehabt zum Telefonhörer, sagen Kollegen der örtlichen Polizei. In vielen Bereichen sei eben „nichts smart“, lautet die Kritik. Das liegt auch daran, dass es an Beteiligung mangle. „Von Anfang an gab es keinen Bezug zur Basis und zur Belegschaft“, kritisiert UGT-Gewerkschafter Jesús Gallego. Für DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell ist klar, „für solche Projekte muss es eine breite gesellschaftliche Debatte unter Beteiligung der Beschäftigten und Gewerkschaften geben – und zwar vorher.“ Den Bericht aus Santander gibt es hier: <http://www.dgb.de/-/M4a>



## Gewerkschaften wichtiger denn je! Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte

Der DGB kritisiert die Weltbank für ihren geplanten Weltentwicklungsbericht 2019 zur Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter. In einem Entwurf regt sie an, Arbeitnehmerrechte massiv zu schleifen und die soziale Sicherung einzudampfen.

Die Weltbank wurde im Dezember 1945 gegründet, um den globalen Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg zu fördern. Als multinationale Entwicklungsbank will sie auch heute die Welt gerechter machen. Laut Internetseite verfolgt sie zwei Ziele: Sie will extreme Armut beenden und den gemeinsamen Wohlstand nachhaltig fördern. Wie das in Einklang zu bringen ist mit den Inhalten des geplanten Weltentwicklungsberichts (WDR 2019), ist allerdings fraglich. So regen die AutorInnen unter der Leitung des neoliberalen Ökonomen und ehemaligen bulgarischen Finanzminister Simeon Djankov darin an, den Kündigungsschutz zu lockern und Unternehmen generell von ihrer sozialen Verantwortung zu befreien. Mindestlöhne sollen gesenkt werden. Stattdessen spricht sich die Weltbank für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) und private Vorsorge ausbauen. Dies soll durch höhere Steuern finanziert werden, die laut Entwurf aber hauptsächlich Geringverdienende und Ärmere belasten würden. Explizit richtet sich der Entwurf auch gegen Gewerkschaften. Diese hätten unter informell Beschäftigten – also etwa Hausangestellten – wenig Einfluss und seien damit wenig nützlich. Der Bericht legt nahe, dass soziale Netzwerke als neue Schutzmacht der Beschäftigten fungieren könnten. So sollten diese über Social Media-Kanäle Regelverstöße und Mängel im Job anzeigen und Druck auf ihre Arbeitgeber ausüben. Zahlreiche Organisationen haben bereits gegen den Bericht protestiert. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat den deutschen Vertreter im Exekutivvorstand der Weltbank, Jürgen Zattler, aufgefordert, den Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte aktuellen Bericht zu stoppen und einen komplett neuen Entwurf vorzulegen.



**Viel Stahl, viel Glas, wenig gute Ideen:  
Das Hauptquartier der Weltbank in Washington D.C.**

Bericht versuche, einem ausgesprochen wichtigen Zukunftsthema mit Rezepten aus dem wirtschafts- und sozialpolitischen Antiquariat gescheiterter Politikmodelle zu begegnen, kritisiert Hoffmann. Statt Konzepte vorzustellen, damit Menschen Chancen auf Teilhabe erhalten, schlägt die Weltbank ein bedingungsloses Grundeinkommen vor. Einen nachvollziehbaren Finanzvorschlag gibt es nicht. Hoffmann kritisiert das BGE als „Abstellgleis-Prämie“, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Zudem stelle sich die Weltbank mit ihren Ideen gegen explizite Ziele der Internationale Arbeitsorganisation, informelle Arbeit in reguläre Beschäftigung umzuwandeln. Alle im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen seien in ihrer Summe ein klarer Angriff auf Arbeitnehmerrechte und würden die Machtbalance in der Arbeitswelt zugunsten der Unternehmen verschieben. Die Weltbank plant, den Bericht im Oktober zu veröffentlichen.

[www.dgb.de/-/2fu](http://www.dgb.de/-/2fu)

Quelle: einblick 9/2018

## Was ist eigentlich...

### KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Künstliche Intelligenz (KI) oder englisch Artificial Intelligence (AI) ist ein Teilgebiet der Informatik, das sich mit der Automatisierung intelligenten Verhaltens und dem Maschinenlernen befasst. Eine genaue Definition gibt es nicht. Grundsätzlich ist KI der Versuch, menschenähnliche Entscheidungsstrukturen nachzubilden, also einen Computer so zu bauen oder zu programmieren, dass er eigenständig Probleme lösen kann.

### ALGORITHMUS

Ein Algorithmus ist eine eindeutige Handlungsvorschrift zur Lösung eines Problems bzw. eine Rechenanweisung. Verwendung findet der Begriff in der Mathematik und der Informatik. In Form von Computerprogrammen und elektronischen Schaltkreisen steuern Algorithmen Computer und Maschinen.

### NEURONALES NETZ

Künstliche neuronale Netze (KNN) sind der Versuch, das Nervensystem des Menschen technologisch zu imitieren. Durch die Kombination von Sensoren und lernender Software können sehr komplexe Aufgaben digital gelöst werden. Eingesetzt werden neuronale Netze etwa bei der Texterkennung, der Bildererkennung oder der Gesichtserkennung. So können sie ganze Wertschöpfungsketten überwachen und den Ausfall von Maschinen frühzeitig erkennen.

### DEEP LEARNING

Künstliche neuronale Netze sind im Stande selbstständig zu lernen. Ziel ist es, die neuronalen Fähigkeiten eines Menschen zu imitieren. Sensoren sammeln Daten, eine selbstlernende Software analysiert diese und sucht nach Mustern. Diese Fähigkeit wird als Deep Learning bezeichnet. Systeme werden nicht mehr programmiert, sondern mit Hilfe von Daten trainiert. Bekanntestes Beispiel ist eine Software, die selbstständig die Regeln des komplexen asiatischen Brettspiels Go erlernt hat und als unschlagbar gilt.

## Berufliche Bildung für ein neues Zeitalter

Quelle: einblick 10/2018

Die Bundesregierung will das Berufsbildungsgesetz fit machen für die digitale Arbeitswelt. Der DGB hat ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie die Novellierung aussehen soll.



## Was regelt das Berufsbildungsgesetz?

Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) regelt die betriebliche Berufsausbildung und ist somit das Fundament für die duale Ausbildung. Das Gesetz definiert den gesamten Rahmen der Ausbildung, etwa den Umfang der Probezeit, Kündigungsfristen, aber auch welche Qualifikationen AusbilderInnen erfüllen müssen und wie das Prüfwesen organisiert ist. Das BBiG legt zudem fest, wie neue Ausbildungsberufe konzipiert und anerkannt werden können. Das ist mit Blick auf digitale Berufsbilder von entscheidender Bedeutung. Außerdem umfasst das BBiG die Bereiche Fortbildung und berufliche Umschulung.

## Warum muss das BBiG novelliert werden?

Das BBiG gilt seit 1969. Zuletzt überarbeitet wurde es vor 13 Jahren. Seitdem hat sich viel getan in der Arbeitswelt. Auch wenn die duale Ausbildung einen exzellenten Ruf hat, gibt es in verschiedenen Branchen Probleme mit der Ausbildung. Der DGB-Ausbildungsreport belegt seit Jahren die Klagen der Auszubildenden in bestimmten Branchen über schlechte Ausbildungsorganisation, geringe Bezahlung und viele Überstunden. Vor allem die schlechte Vergütung in einigen Bereichen ist ein großes Problem. Denn ohne attraktive Bedingungen lässt sich kein Nachwuchs finden. Auch der Anstieg von dual Studierenden stellt eine Herausforderung dar. So gibt es bisher nur unzureichende Qualitätsstandards und Schutzrechte für dual Studierende.

## Das fordert der DGB

Damit die Ausbildung in allen Bereichen attraktiver wird, fordern DGB und DGB-Jugend

seit Jahren eine Mindestausbildungsvergütung. Diese soll 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Vergütung betragen. In einem Positionspapier hat der DGB weitere Aspekte aufgeführt, die bei einer Novellierung berücksichtigt werden sollten. So gelte es klar zustellen, wie Ausbildungsmittel finanziert und Azubis für den Berufsschulunterricht freigestellt werden, damit sie nach Schulschluss nicht in den Betrieb müssen. Festgelegt werden soll, dass Arbeitgeber Auszubildenden gegenüber, die sie nicht übernehmen wollen, dies drei Monate vorher ankündigen. Auch das Prüfungsessen soll nach Meinung des DGB zukunftsfest gemacht werden. Das Verfahren, wie Prüfungsausschüsse berufen und eingesetzt werden, soll transparenter werden. Eine Novelle müsse die bezahlte Freistellung und den Anspruch auf Weiterbildung der PrüferInnen konkret verankern.

## Das hat die Bundesregierung vor

Die Bundesregierung kündigt im Koalitionsvertrag an, das BBiG zu novellieren. Unter anderem möchte Schwarz-Rot eine Modernisierung im „Hinblick auf eine digitale Ausbildungsstrategie sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erreichen“. Konkret wird nur die Mindestausbildungsvergütung erwähnt, die eingeführt werden soll. Wie hoch diese ist und wie die Modernisierung konkret aussehen soll, wird nicht beschrieben.

## Das ist der Fahrplan

Der Gesetzentwurf für ein modernes BBiG soll voraussichtlich Anfang 2019 veröffentlicht werden. Danach wird der Bundestag das Vorhaben beraten. Das Gesetz soll dann vor der Sommerpause 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten.

### Der DGB fordert

Mindestausbildungsvergütung von 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Vergütung

Finanzierung von Ausbildungsmitteln klarstellen

Sichere Perspektiven nach der Ausbildung

Dreimonatige Ankündigungsfrist bei Nicht-Übernahme

Auszubildende und Studierende im Betrieb gleichstellen

BBiG auf betriebliche Praxisphase dual Studierender ausweiten

Berichterstattung zur Berufsbildung auf nicht-duale Ausbildung und duale Studiengänge ausweiten

Neugestaltung von Berufsbildern (Ordnungsarbeit) durch Sozialpartner verbindlich festschreiben

Fortbildungsrahmenpläne verankern

Das unabhängige Prüfungsessen zukunftsfest machen

Bezahlte Freistellung und Weiterbildung für PrüferInnen

Transparente Verfahren bei der Berufung, Zusammensetzung und Einsatz von Prüfungsausschüssen

Parität der Prüfungsausschüsse muss gewahrt bleiben

Belastbare Systeme der Qualitätssicherung entwickeln

Eignung der Ausbildungsbetriebe verbindlich regeln

Das Positionspapier gibt es unter: [www.dgb.de/-/24j](http://www.dgb.de/-/24j)

# Am 09.11.2018 im Consol Theater Ehrung für 25- und 40- Jahre Mitgliedschaft in der GEW



**25 Jahre:** Jürgen Bleichert,  
Susanne Boritzki



Fotos: Steinchen

**40 Jahre:** Gisela Barthelmes, Irene Humann, Rita Hundt-Meyring,  
Manfred Pavlowski, Jürgen Todeskino, Gerd Weidemann,  
Angelika Ziegler, Karin Hornig-Bilo

**Antrag auf Mitgliedschaft**  
Bitte in Druckschrift ausfüllen oder online Mitglied werden unter:  
[www.gew.de/Mitgliedsantrag.html](http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html)

**Persönliches**

Nachname (Titel) \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_

Telefon / Fax \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Nationalität \_\_\_\_\_

gewünschtes Eintrittsdatum \_\_\_\_\_

bisher gewerkschaftlich organisiert bei \_\_\_\_\_ von \_\_\_\_\_ bis (Monat/Jahr) \_\_\_\_\_

weiblich  männlich

**Beschäftigungsverhältnis:**

angestellt  befristet bis \_\_\_\_\_

beamtet  in Rente/pensioniert

teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_\_ Std./Woche  im Studium  Referendarial/Berufspraktikum

teilzeitbeschäftigt mit \_\_\_\_\_ Prozent  Altersteilrent  arbeitslos

Honorarkraft  in Elternzeit bis \_\_\_\_\_  Sonstiges \_\_\_\_\_

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkläre ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.  
Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ00000013864  
SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzulösen. Hinweis:  
schriftlich einziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften geschätzt. Es gelten  
Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten  
dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Kreditinstitut (Name und BIC) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Ort / Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.  
Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.  
**Vielen Dank – Ihre GEW**

**GEW**

**Dienststelle**  
Bitte den Namen der Hochschule/der Forschungs Einrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs angeben.

**Beitrag**  
Der Beitrag ist in der Höhe von \_\_\_\_\_ € festzusetzen. Bei einem Bruttoeinkommen über \_\_\_\_\_ € kann ein erhöhter Festbetrag in Höhe von \_\_\_\_\_ € festgesetzt werden.  
Der Beitrag ist in Höhe von \_\_\_\_\_ € festzusetzen. Bei einem Bruttoeinkommen über \_\_\_\_\_ € kann ein erhöhter Festbetrag in Höhe von \_\_\_\_\_ € festgesetzt werden.

**Land**

**Thüringen**  
Heinrich-Mann-Straße 22  
99096 Erfurt  
Telefon: 0361/59095-0  
Telefax: 0361/59095-60  
info@gew-thueringen.de  
www.gew-thueringen.de

**Hauptvorstand**  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt a. M.  
Telefon: 069/78973-0  
Telefax: 069/78973-201  
info@gew.de  
www.gew.de

**Hauptvorstand**  
Parlamentarisches  
Verbindungsbüro Berlin  
Wallstraße 65  
10179 Berlin  
Telefon: 030/235014-0  
Telefax: 030/235014-10  
parlamentsbuero@gew.de

**Hessen**  
Reifenberger Straße 58  
60489 Frankfurt a. M.  
Telefon: 0341/4947404  
Telefax: 0341/4947406  
hessen@t-online.de  
www.gew-hessen.de

**Sachsen**  
Reifenberger Straße 58  
0341/4947404  
Telefon: 0341/4947406  
sachsen@t-online.de  
www.gew-sachsen.de

**Sachsen-Anhalt**  
Reifenberger Straße 6  
06108 Magdeburg  
Telefon: 0391/79554-0  
Telefax: 0391/73134-05  
sa-wa.de  
www-gew-sa.de

**Sachsen-Anhalt**  
Reifenberger Straße 6  
06108 Magdeburg  
Telefon: 0391/79554-0  
Telefax: 0391/73134-05  
sa-wa.de  
www-gew-sa.de

Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft werden?  
Das ist eine gute Entscheidung!



Antrag auf Mitgliedschaft  
im Netz unter  
[www.gew.de/Mitgliedsantrag.html](http://www.gew.de/Mitgliedsantrag.html)  
oder  
in unserer **GEW-Geschäftsstelle**  
Essener Str. 88,  
45899 Gelsenkirchen  
Tel.: 0209 513759  
Fax: 0209 514207  
Homepage:  
[www.gew-gelsenkirchen.de](http://www.gew-gelsenkirchen.de)  
E-Mail: [gew-ge@gmx.de](mailto:gew-ge@gmx.de)

Die GEW wünscht allen Leserinnen und Lesern  
ein frohes Weihnachtsfest und  
ein erfolgreiches neues Jahr.

**Öffnungszeiten:**  
Mo. und Die.: 13:00 - 16:00 Uhr  
Mit. und Don.: 9:00 - 12:00 Uhr